



**Studierendenwerk  
Augsburg**

**Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb**

auf der Grundlage der

**Vergabe- und Vertragsordnung im Anwendungsbereich**

**der Richtlinie 2014/24/EU (VOB/A-EU)**

**VERGABELEITFADEN**

**[es handelt sich hierbei um die Teilnahmebedingungen (§ 8 EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A)  
für das gegenständliche Vergabeverfahren]**

über die Beschaffung von

**Totalunternehmerleistungen**

mit sämtlichen erforderlichen Planungsleistungen für alle erforderlichen

Leistungsbilder der HOAI

für den Neubau der Studierendenwohnanlage „Illerpark“ Neu-Ulm.

**Version 1.0 – Stand 09.06.2026 [Anlage 900]**

*Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Entsprechende Bezeichnungen und Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich geschlechtsunabhängig. Die verkürzte Sprachform hat lediglich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.*



## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Kurzanleitung.....	4
2.	Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.....	5
3.	Terminplan.....	5
4.	Definitionen.....	6
5.	Basisdaten.....	11
5.1	Zugang zu den Teilnahme-/Vergabeunterlagen und zu Antworten auf Bieterfragen (Kommunikation).....	11
5.2	E-Mail Benachrichtigung sobald ein Unternehmen am Verfahren teilnimmt .....	11
6.	Verfahrensangaben .....	12
6.1	Adressen / Auftraggeber .....	12
6.2	Auftragsgegenstand.....	14
6.3	Verfahren.....	33
6.4	Teilnahmeanträge.....	42
6.5	Bedingungen .....	46
6.6	Lose.....	74
7.	Vergabeunterlagen .....	74
7.1	Anschreiben.....	74
7.2	Leistungsbeschreibungen .....	74
7.3	Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente.....	74
7.4	Vertragsbedingungen .....	74
7.5	Sonstiges.....	75
8.	Kommunikation .....	75
8.1	E-Vergabe – Weitere Informationen.....	75
8.2	Sonstige Kommunikation .....	75
8.3	Abgabe der Angebote .....	75
8.4	Anlagen des Auftraggebers .....	77
8.5	Gewerbliche Schutzrechte .....	77
8.6	Wettbewerbsregister.....	77
8.7	Statistische Abfragen.....	77
8.8	Sicherstellung des Wettbewerbs.....	78
8.9	Vertraulichkeit und Geheimhaltung .....	78
8.10	Beschaffung weiterer Informationen .....	79



# Studierendenwerk Augsburg

8.11	Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen .....	80
8.12	Fragen / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen .....	81
9.	Allgemeine Anforderungen an die Angebote .....	81
10.	Checkliste Teilnahmeantrag .....	82
11.	Checkliste Angebote .....	82
12.	Verhandlungen .....	82
12.1	Verhandlungsvorschläge .....	83
12.2	Angaben zu Leistungsanforderung „oder gleichwertig“ .....	84
12.3	Verhandlungstermine .....	85
12.4	Anlagen .....	87



# Studierendenwerk Augsburg

## 1. Kurzanleitung

a) Bitte schauen Sie sich zunächst an

- die **Eignungskriterien und die Auswahlkriterien**  
[Kapitel 6.5.1.1. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900];
  - die **Zuschlagskriterien**  
[Kapitel 6.2.4. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900];
  - die besonderen Bedingungen für die Auftragsausführung, insbesondere die Mindestanforderungen an die Leistungserbringung [Kapitel 6.5.2.1. in diesem Vergabeleitfaden, Anlage 900];
  - das **Preisblatt** [Anlage 803];
  - den **Totalunternehmervertrag** im Entwurf [Anlage 907];
  - die **Funktionale Leistungsbeschreibung** [Anlage 802];
- sowie
- das Vorgehen zu den **Verhandlungen**, mithin zu den Verhandlungsvorschlägen und zu den Verhandlungsterminen  
[Kapitel 13. in diesem Vergabeleitfaden; Anlage 900].

b) Bitte stellen Sie möglichst rasch hierzu Fragen über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabepattform **Deutsches Vergabeportal DTVP** („E-Vergabepattform“), soweit Sie beispielsweise der Auffassung sind, dass die Anforderungen und / oder einzelne Klauseln in dem Vertrag im Entwurf wettbewerbseinschränkend wirken oder unverhältnismäßig sein könnten.

c) Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der **Fragen (Bewerber- und Bieterfragen)** prüfen, ob und inwieweit er die Anforderungen reduziert, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen.

d) Die Bewerber sollten für die Einreichung der Teilnahmeanträge die **„Checkliste Teilnahmeanträge“** [Anlage 105] verwenden, um rasch den Teilnahmeantrag zu erstellen

e) Die Bieter sollten für die Einreichung der Angebote die **„Checkliste Angebote“** [Anlage 106] verwenden, um rasch das Angebot zu erstellen.



# Studierendenwerk Augsburg

## 2. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Auf der Grundlage dieser Vergabeunterlagen (auch als „Auftragsunterlagen“ bezeichnet) einschließlich aller Anlagen werden alle interessierten Wirtschaftsteilnehmer gemäß **§ 3b EU Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 VOB/A** zu der Abgabe eines **Teilnahmeantrags** aufgefordert.

## 3. Terminplan

<b>Voraussichtlicher Tag der Absendung</b> der EU-Auftragsbekanntmachung	Dienstag, 9. Juni 2026
Bewerberfragen sollten möglichst gestellt werden bis zum	Montag, 29. Juni 2026 (12:00 Uhr)
<b>Fristablauf zur Abgabe der Teilnahmeanträge; Schlusstermin</b> für den Eingang der Teilnahmeanträge ( <b>Teilnahmefrist</b> )	<b>Freitag, 10. Juli 2026 (10:00 Uhr)</b>  <b>[Eingang über die E-Vergabepattform]</b>
Aufforderung zur Abgabe der <b>indikativen Erstangebote</b>	Dienstag, 21. Juli 2026
Bieterfragen sollten möglichst gestellt werden (hinsichtlich der Erstellung der <b>indikativen Erstangebote</b> ) bis zum	Donnerstag, 6. August 2026 (24:00 Uhr)
Fristablauf zur Abgabe der <b>indikativen Erstangebote</b> ( <b>1. Angebotsfrist</b> )	<b>Dienstag, 18. August 2026 (10:00 Uhr)</b>  <b>[Eingang über die E-Vergabepattform]</b>
Versendung der Einladung zum Verhandlungstermin	Donnerstag, 27. August 2026
<b>Verhandlungstag(e) Verhandlungsrunde</b>	<b>Mittwoch, 2. September 2026 Donnerstag, 3. September 2026</b>



## Studierendenwerk Augsburg

<b>HINWEIS: Die Bieter werden gebeten, die Verhandlungstermine im Rahmen der Terminplanung freizuhalten</b>	
Aufforderung zur Abgabe der <b>endgültigen Angebote</b>	Mittwoch, 9. September 2026
Bieterfragen sollten möglichst gestellt werden (hinsichtlich der Erstellung der endgültigen Angebote) bis zum	Freitag, 11. September 2026 (12:00 Uhr)
Fristablauf zur Abgabe der endgültigen Angebote ( <b>2. Angebotsfrist</b> )	<b>Dienstag, 22. September 2026</b> <b>(10:00 Uhr)</b>  <b>[Eingang über die E-Vergabeplattform]</b>
(Voraussichtliche) Benachrichtigung gemäß § 134 GWB (Absageschreiben an unterlegene Bieter)	Freitag, 2. Oktober 2026
<b>(Voraussichtlicher) Zuschlag</b>	<b>Dienstag, 13. Oktober 2026</b>
Bindefrist für die indikativen Erstangebote	Freitag, 16. Oktober 2026 (24:00 Uhr)
Bindefrist für die endgültigen Angebote	Freitag, 22. November 2026 (24:00 Uhr)

Die Fristen sind bindend, soweit und solange der Auftraggeber hiervon nicht abweicht. Somit behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den voraussichtlichen Terminplan anzupassen.

#### 4. Definitionen

- „**Vergabeunterlagen**“ (auch synonym als „Auftragsunterlagen“ bezeichnet) sind sämtliche Unterlagen, die vom öffentlichen Auftraggeber erstellt werden oder auf die er sich bezieht, um Bestandteile der Auftragsvergabe oder des Verfahrens zu beschreiben oder festzulegen, insbesondere dieser **Vergabeleitfaden** und sämtliche Anlagen; zu den Vergabeunterlagen zählen die (EU-) Auftragsbekanntmachung, etwaige EU-Änderungsbekanntmachung(en), die technischen Spezifikationen, die Beschreibung, die vorgeschlagenen Auftragsbedingungen, Formate für die Einreichung von Unterlagen seitens der interessierten Wirtschaftsteilnehmer, Informationen über allgemeingültige Verpflichtungen sowie sonstige zusätzliche Unterlagen.



## Studierendenwerk Augsburg

- Als „**öffentlicher Auftraggeber**“ (in diesem Vergabeverfahren auch als „**Auftraggeber**“ bezeichnet) wird das

**Studierendenwerk Augsburg**  
**Anstalt des öffentlichen Rechts**

bezeichnet.

- „**Öffentliche Dienstleistungsaufträge**“ sind öffentliche Aufträge über die Erbringung von Dienstleistungen, bei denen es sich nicht um öffentliche Bauaufträge handelt.
- „**Öffentliche Aufträge**“ sind zwischen einem oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern und einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern schriftlich geschlossene entgeltliche Verträge über die Ausführung von Bauleistungen, die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen.
- Als „**Wirtschaftsteilnehmer**“ wird eine natürliche oder juristische Person oder öffentliche Einrichtung oder eine Gruppe solcher Personen und/oder Einrichtungen bezeichnet, einschließlich jedes vorübergehenden Zusammenschlusses von Unternehmen, die beziehungsweise der auf dem Markt die Ausführung von Bauleistungen, die Errichtung von Bauwerken, die Lieferung von Waren beziehungsweise die Erbringung von Dienstleistungen anbietet. Anstatt des Begriffs „Wirtschaftsteilnehmer“ wird in diesem Vergabeverfahren synonym auch die Begrifflichkeit „**Unternehmen**“ verwendet.
- Die **an dem ausgeschriebenen (losweisen) Auftrag interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, gleich ob „Bewerber“, „Bewerbergemeinschaft“, „Bieter“ oder „Bietergemeinschaft“, werden in dem gegenständlichen Vergabeverfahren als „**interessierte Wirtschaftsteilnehmer**“ bezeichnet.
- Nehmen **mehrere interessierte Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam** in einem **Teilnahmewettbewerb** an dem Vergabeverfahren teil, werden diese teilweise auch als „**Bewerbergemeinschaft**“ konkretisiert. Teilweise wird die Bewerbergemeinschaft aus Gründen der Klarstellung auch als „Bewerber- / Bietergemeinschaft“ bezeichnet.
- Nehmen **mehrere interessierte Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam** in der **Angebotsphase** an dem Vergabeverfahren teil, werden diese teilweise auch als „**Bietergemeinschaft**“ konkretisiert.



## Studierendenwerk Augsburg

- Die **interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, die in einem Teilnahmewettbewerb an dem Vergabeverfahren teilnehmen, gleich ob Einzelbewerber oder Bewerbergemeinschaft, werden teilweise auch als „**Bewerber**“ bezeichnet.
- Die **interessierten Wirtschaftsteilnehmer**, die in der Angebotsphase teilnehmen, gleich ob Einzelbieter oder Bietergemeinschaft werden teilweise auch als „**Bieter**“ bezeichnet.
- Wird ein Bewerber mit Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgefordert, wird dieser ab diesem Zeitpunkt als „**Bieter**“ bezeichnet. Der Bewerber transformiert somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu einem Bieter.
- Wird eine Bewerbergemeinschaft mit Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgefordert, wird diese als „**Bietergemeinschaft**“ oder aus Vereinfachungsgründen „**Bieter**“ bezeichnet. Die Bewerbergemeinschaft geht somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe in eine Bietergemeinschaft über.
- Ein „Unterauftragnehmer“ (auch als „Nachunternehmer“ oder „Subunternehmer“ bezeichnet) ist ein Wirtschaftsteilnehmer, der vornehmlich aufgrund eines Unterauftrags (bspw. eines Werk- oder Dienstvertrages) im Auftrag des Bieters / der Bietergemeinschaft oder als Unterauftragnehmer eines Unterauftragnehmers des Bieters / der Bietergemeinschaft (sog. Unter-Unterauftragnehmer) oder auf weiteren Stufen in der Kette der Unterauftragsvergabe, die gesamte oder einen Teil der von dem Bieter / der Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber geschuldeten Leistung erbringt. Unterauftragnehmer in diesem Sinne sind auch Konzerngesellschaften und verbundene Unternehmen des interessierten Wirtschaftsteilnehmers sowie auch freiberuflich tätige Personen, zum Beispiel Freelancer.
- In Bezug auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die Kriterien für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann ein **Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft** (sog. „**eignungsleihendes Unternehmen**“) die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) im Wege der sog. „**Eignungsleihe**“ in Anspruch nehmen.
- Als „**Dritte**“ werden in diesem Vergabeverfahren sowohl „**reine Unterauftragnehmer**“ bezeichnet als auch solche Unternehmen, deren Kapazitäten ein **Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft** für die Eignungsleihe in Anspruch nimmt (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) sowie Unternehmen, bei denen beide Voraussetzungen (eignungsverleihendes Unternehmen als Unterauftragnehmer) gleichzeitig gegeben sind (sog. „**eignungsverleihende Unterauftragnehmer**“).





## Studierendenwerk Augsburg

- Der Bieter / die Bietergemeinschaft, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt wird, wird als „**Zuschlagsempfänger**“ oder „**Auftragnehmer**“ bezeichnet.
- **Angebote** in einem Verhandlungsverfahren dient als Oberbegriff; darunter zu verstehen sind (indikative) Erstangebote, etwaige weitere Angebote (Folgeangebote) und auch endgültige Angebote.
- **Erstangebote** sind die ersten Angebote, die ein Bieter / eine Bietergemeinschaft im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens abgibt.
- **Weitere Angebote** sind Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens, die ein Bieter / eine Bietergemeinschaft nur dann einreichen darf, falls der Auftraggeber zur Abgabe weiterer Angebote auffordert. In einem solchen Fall findet eine weitere Verhandlungsrunde statt.
- **Indikative Angebote** sind Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens und dürfen von den Vergabeunterlagen abweichen, indem sie die Vergabeunterlagen ändern. Indikative Angebote sind zulässig, wenn sie die (nicht verhandelbaren) Mindestanforderungen an die Leistungserbringung erfüllen. Indikative Angebote dürfen ausschließlich Erstangebote (sog. **indikative Erstangebote**) und etwaige weitere Angebote (sog. **indikative weitere Angebote**) sein. Endgültige Angebote hingegen dürfen nicht von den Vergabeunterlagen abweichen. Indikative endgültige Angebote sind daher nicht zugelassen.
- (Verbindliche) **Endgültige Angebote** sind finale Angebote im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens, über die nicht mehr verhandelt werden darf. Weicht ein endgültiges Angebot von den Vergabeunterlagen ab, indem es die Vergabeunterlagen ändert, führt dies zum Ausschluss des endgültigen Angebots.
- Ein „**Totalunternehmer**“ ist ein Unternehmen, das bei der Errichtung eines Bauwerkes selbst und / oder durch seine Unterauftragnehmer neben der Bauausführung auch Planungsleistungen erbringt. Der Umfang der Planungsleistungen umfasst mindestens die Ausführungsplanung (Werkplanung), bei Bedarf auch die Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Der Totalunternehmer übernimmt im Gegensatz zu einem Generalunternehmer auch Planungsaufgaben, die ansonsten direkt von dem Bauherrn beauftragten Planern (Ingenieure und Architekten) erledigt werden. Der Totalunternehmer trägt die Gesamtverantwortung für die Planung und Ausführung des Baus.



## Studierendenwerk Augsburg

- „**Projektleiter**“ ist die zentrale Führungskraft des Projekts und trägt die Gesamtverantwortung für dessen erfolgreiche Umsetzung. Er ist der Hauptansprechpartner für den Auftraggeber und verantwortlich für die Planung, Steuerung und Überwachung aller Projektphasen.

Seine Hauptaufgaben sind insbesondere:

- **Gesamtverantwortung:** Übernimmt die Verantwortung für das gesamte Projekt hinsichtlich Kosten, Zeit und Qualität.
  - **Projektplanung und -steuerung:** Entwickelt den Projektplan, überwacht den Fortschritt und passt den Plan bei Bedarf an.
  - **Kommunikation:** Fungiert als Hauptansprechpartner für den Auftraggeber, das Projektteam und alle weiteren Stakeholder.
  - **Risikomanagement:** Identifiziert potenzielle Risiken, bewertet diese und entwickelt Strategien zu deren Minimierung.
  - **Ressourcenmanagement:** Stellt sicher, dass alle notwendigen Ressourcen (Personal, Materialien, Finanzen) zur Verfügung stehen und optimal eingesetzt werden.
  - **Qualitätssicherung:** Gewährleistet, dass alle Projektaktivitäten den geforderten Qualitätsstandards entsprechen.
  - **Berichterstattung:** Erstellt regelmäßige Fortschrittsberichte für den Auftraggeber und andere wichtige Stakeholder.
- Ein „**stellvertretender Projektleiter**“ unterstützt den Projektleiter in allen Aufgabenbereichen und vertritt ihn bei dessen Abwesenheit. Er sorgt dafür, dass der Projektfortschritt auch ohne die direkte Anwesenheit des Projektleiters reibungslos weiterläuft.

Seine Hauptaufgaben sind insbesondere:

- **Unterstützung:** Assistent dem Projektleiter in der Projektplanung, -steuerung und -überwachung.
- **Vertretung:** Übernimmt die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Projektleiters bei dessen Abwesenheit.



## Studierendenwerk Augsburg

- Kommunikation: Unterstützt die Kommunikation zwischen dem Projektleiter, dem Projektteam und den Stakeholdern.
- Risikomanagement: Hilft bei der Identifizierung und Bewertung von Risiken sowie der Entwicklung von Gegenmaßnahmen.
- Qualitätssicherung: Unterstützt die Überwachung der Einhaltung von Qualitätsstandards.
- Koordination: Koordiniert spezifische Aufgaben und Teilprojekte innerhalb des Gesamtprojekts.
- Berichterstattung: Bereitet Berichte und Dokumentationen vor, die von dem Projektleiter verwendet werden.

### 5. Basisdaten

Identifikationsnummer	<b>CXP4Y1A5YGN</b>
Projekt	<b>EU-weite Ausschreibung (eForms-GDK-2.1.0)</b>
Art der Ausschreibung	Dienstleistung und <b>Bauleistung</b>
Verfahrensart	<b>VOB/A-EU – Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb</b>
Ausgewählter Formularsatz	<b>VHB VOB BUND</b> [für dieses Vergabeverfahren nicht relevant]
Vergabenummer	<b>SWA_Neu-Ulm_777.0001</b>
Kurzbezeichnung	<b>Totalunternehmerleistungen für den Neubau der Studierendenwohnanlage „Illerpark“ Neu-Ulm</b>

#### 5.1 Zugang zu den Teilnahme-/Vergabeunterlagen und zu Antworten auf Bieterfragen (Kommunikation)

- ☒ Anonymer Zugang (Keine Registrierung erforderlich)

#### 5.2 E-Mail Benachrichtigung sobald ein Unternehmen am Verfahren teilnimmt

- ☐ (falls hier angekreuzt, erfolgt eine Information an den Auftraggeber)



# Studierendenwerk Augsburg

Sprache, in der die Bekanntmachung erfasst und an das Amt für Veröffentlichungen der EU übermittelt wird:

**DE (Deutsch)**

## 6. Verfahrensangaben

### 6.1 Adressen / Auftraggeber

#### 6.1.1 Auftraggeber

##### 6.1.1.1 Adresse des Auftraggebers

Offizielle Bezeichnung	<b>Studierendenwerk Augsburg AdöR</b>
Nationale Identifikationsnummer (Leitweg-ID z.B.: 991-1234512345-06)	<b>09761000-STWA123456-32</b>
Hauptadresse (URL)	<a href="https://www.studierendenwerk-augsburg.de">https://www.studierendenwerk-augsburg.de</a>
Adresse des Beschafferprofils (URL)	
Postanschrift	<b>Bürgermeister-Ulrich-Straße 152</b>
Postleitzahl	<b>86179</b>
Ort	<b>Augsburg</b>
Land	<b>Deutschland</b>
NUTS Code	<b>DE271</b>
Kontaktstelle	<b>Bauen und Wohnen</b>
E-Mail	<b>Illerpark@stw-a.de</b>
Telefon	<b>+49 821 99965-410, -411</b>
Fax	<b>+49 821 99965-902</b>

##### 6.1.1.2 Angaben zum Auftraggeber

###### Art des Auftraggebers:



Anstalt des öffentlichen Rechts der Landesebene



# Studierendenwerk Augsburg

## Haupttätigkeit des öffentlichen Auftraggebers:

- ☒ Sozialwesen

### 6.1.1.3 Gemeinsame Beschaffung

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

- ☐ Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt
- ☐ Zentrale Beschaffungsstelle, die für andere Beschaffer bestimmte Lieferungen und/oder Dienstleistungen erwirbt
- ☐ Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung

### 6.1.2 Beschaffungsdienstleisters

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

- ☒ kein Beschaffungsdienstleister
- ☐ folgende Stelle

### 6.1.3 Weitere Auskünfte

- ☒ oben genannte Stelle (ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabepattform)

### 6.1.4 Rechtsbehelfsverfahren /Nachprüfungsverfahren

#### 6.1.4.1 Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

- ☒ In Deutschland existiert keine Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt



## Studierendenwerk Augsburg

### 6.1.4.2 Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung	<b>Regierung von Oberbayern – Vergabekammer Südbayern</b>
Nationale Identifikations- nummer	<b>DE 811335517</b>
Hauptadresse (URL)	<a href="https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/ueber_uns/zentralezustaeendigkei-ten/vergabekammer-suedbayern/index.html">https://www.regierung.oberbayern.bay- ern.de/ueber_uns/zentralezustaeendigkei- ten/vergabekammer-suedbayern/index.html</a>
Postanschrift	<b>Maximilianstraße 39</b>
Postleitzahl	<b>80538</b>
Ort	<b>München</b>
Land	<b>Deutschland</b>
NUTS-Code	<b>DE212</b>
Kontaktstelle	
E-Mail	<a href="mailto:Vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de">Vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de</a>
Telefon	<b>+49 8921762 411</b>
Fax	<b>+49 8921762 847</b>

### 6.1.4.3 Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

- ☒ Keine Stelle für Schlichtungsverfahren (ab Erreichen des EU-Schwellen-  
werts)
- ☐ folgende Stelle (unterhalb des EU-Schwellenwertes)

## 6.2 Auftragsgegenstand

### 6.2.1 Klassifikation des Auftrags

(durch den Auftraggeber muss der Haupt-CPV-Code eingetragen werden; wei-  
tere CPV-Codes nur, soweit solche in Betracht kommen)



## Studierendenwerk Augsburg

Art des Auftrags	Dienstleistungen und <b>Bauleistungen</b>
Haupt-CPV-Code	<b>45000000-7</b> Bauarbeiten
Weitere CPV-Codes	<b>45214700-7</b> Bauarbeiten für Studentenwohnheime  <b>71320000-7</b> Planungsleistungen im Bauwesen

### 6.2.2 Umfang der Beschaffung

#### 6.2.2.1 Kurze Beschreibung

Totalunternehmerleistungen mit sämtlichen erforderlichen Planungsleistungen für alle erforderlichen Leistungsbilder der HOAI für den Neubau der Studierendenwohnanlage „Illerpark“ Neu-Ulm.

#### 6.2.2.2 Beschreibung der Beschaffung (Art und Umfang der Dienstleistung bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)

Das Studierendenwerk Augsburg beabsichtigt, im Baugebiet „Wohnen am Illerpark“ in Neu-Ulm die schlüsselfertige Errichtung (Planung und Bau) einer Studierendenwohnanlage. Diese Studierendenwohnanlage muss gemäß des überarbeiteten Wettbewerbsergebnisses 72 Wohnheimplätze einschließlich der baurechtlich erforderlichen Stellplätze aufweisen. Die Wohnplatzgröße beträgt max. 19,5 m².

Dem Studierendenwerk wurde hierfür in Neu-Ulm, in dem Bebauungsplangebiet M 62.4 „Wohnen am Illerpark“ in Ludwigsfeld, das Grundstück mit der Flurnummer 452/34 angeboten.

Das Studierendenwerk hat für das Vorhaben einen Realisierungswettbewerb nach RPW 2013 durchgeführt. Im Anschluss an den Wettbewerb hat das Studierendenwerk ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb über die Beschaffung von Leistungen der Objektplanung – Leistungsbild Gebäude und Innenräume (§§ 33 ff. der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure



vom 10. Juli 2013 (BGBl. I S. 2276), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist (im Folgenden nur „HOAI“) für das Vorhaben durchgeführt. Die Wettbewerbsteilnehmerin Drei Architekten Streule Vogel Partnerschaft mbB (im Folgenden „Drei Architekten mbB“) hat auf ihr Angebot den Zuschlag erhalten. Die Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4 gemäß HOAI für das Leistungsbild Objektplanung – Gebäude und Innenräume werden demgemäß von Drei Architekten mbB erbracht. Die bisherigen Planungsleistungen, die funktionale Leistungsbeschreibung sowie die Leitdetails sind den gegenständlichen Leistungen zugrunde zu legen. Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens werden alle weiteren Planungs- und Bauleistungen für den Neubau dieser Studierendenwohnanlage im Rahmen einer stufenweisen Beauftragung an einen Totalunternehmer beauftragt.

Ziel des Vorhabens ist die schlüsselfertige Errichtung (Planung und Bau) der Studierendenwohnanlage. Hierfür sind alle für das Projekt notwendigen Planungsleistungen von dem Totalunternehmer oder von ihm zu beauftragender Nachunternehmer zu erbringen. Dies umfasst insbesondere alle jeweils erforderlichen Leistungsbereiche analog der HOAI (Grundleistungen und Besondere Leistungen), wie beispielsweise die Freiflächen- und Infrastrukturplanung, die Fachplanung Technische Ausrüstung, die Fachplanung Tragwerksplanung sowie sonstige erforderliche Planungs- und Gutachterleistungen. Auch alle Bauleistungen sind vollumfänglich durch den Auftragnehmer und dessen Nachunternehmer zu erbringen und die Räumlichkeiten funktionsfähig, betriebsbereit und schlüsselfertig herzustellen.

Die Übergabe des bezugsfertigen Gebäudes sowie die Abnahme sollen spätestens zum September 2028 erfolgen.

Das Bauvorhaben hat den Fördermittelbestimmungen zu entsprechen, um eine maximale Förderung zu erzielen. Für die Beantragung und den Abruf der Fördermittel ist der Totalunternehmer nicht verantwortlich. Die Totalunternehmerleistungen werden stufenweise beauftragt.

Es sind folgende Leistungsstufen vorgesehen:





## Studierendenwerk Augsburg

- Leistungsstufe 1: alle weiteren Planungsleistungen im Sinne der Leistungsphasen 1 bis 4 analog HOAI;
- Leistungsstufe 2: Planungsleistungen im Sinne der Leistungsphase 5 analog HOAI;
- Leistungsstufe 3: (Planungs-/Überwachungs-)Leistungen im Sinne der Leistungsphase 8 analog HOAI sowie alle Bauleistungen.

Das Studierendenwerk beauftragt mit Zuschlagserteilung zunächst nur die Leistungen der Leistungsstufe 1. Das Studierendenwerk behält sich vor, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen (2 und 3) zu beauftragen. Das Studierendenwerk beabsichtigt, Leistungen

- der Leistungsstufe 2 zu beauftragen, wenn der Bauantrag eingereicht wurde;
- der Leistungsstufe 3 zu beauftragen, wenn der Fördermittelbescheid oder ein Bescheid über die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn erteilt wurde.

Für weitergehende Ausführungen wird auf die nachfolgenden Unterlagen verwiesen:

- **Funktionale Leistungsbeschreibung [Anlage 802];**
- **Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende, Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr über die Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende (StudR 2023) vom 4. August 2023 (BayMBI. Nr. 441) nebst Anlage [Anlage 807];**
- **Wettbewerbsarbeit des Gewinners [Anlage 808];**
- **Bebauungsplan M 62.4 und 1. Änderung;**
- **Qualitätshandbuch Illerpark [Anlage 908];**
- **SWU Bauherrenmappe Illerpark [Anlage 909];**
- **Schematische Stadtplanung;**



# Studierendenwerk Augsburg

- Planunterlagen [Anlage 910].

## 6.2.2.3 Umfang der Auftragsvergabe

Geschätzter Wert (ohne MwSt.)	7.865.546,22 EUR
----------------------------------	------------------

## 6.2.2.4 Laufzeit des Vertrages, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

☒ Beginn/Ende

Beginn	13.10.2026 (Zeitpunkt der Zuschlagserteilung)
Ende	15.09.2028 (Zeitpunkt der Übergabe des bezugsfertigen Gebäudes und der Abnahme)

## 6.2.3 Erfüllungsort(e)

### 6.2.3.1 Erfüllungsort(e)

Beschränkungen	/
Postanschrift	Kingsleystraße
Postleitzahl	89231
Ort	Neu-Ulm
Land	Deutschland
NUTS Code ( <a href="#">Suchmaschine für NUTS-Codes - nutscode.de</a> )	DE279
Ergänzende / Abweichende Angaben zum Erfüllungsort	

### 6.2.3.2 Weitere Erfüllungsorte

Keine
-------

## 6.2.4 Zuschlagskriterien



# Studierendenwerk Augsburg

## Bewertung:

- ☒ Bewertung erfolgt über prozentual gewichtete Kriterien

## Art des (Zuschlags-)Kriteriums:

- ☒ Qualität(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	<b>Persönliche Erfahrung des Projektteams</b>
Beschreibung des Kriteriums	<p>Bewertet wird die <b>Erfahrung</b> des <b>Projektleiters</b> und des <b>stellvertretenden Projektleiters (gemeinsam Projektteam)</b> anhand je mindestens eines (1) vergleichbaren persönlichen Referenzprojekts für ein Bauwerk (Neubau oder Generalsanierung).</p> <p>a) Der <b>Projektleiter muss</b> das für ihn angegebene persönliche Referenzprojekt <b>als Projektleiter</b> geleitet haben.</p> <p>b) Der <b>stellvertretende Projektleiter muss</b> das für ihn angegebene persönliche Referenzprojekt <b>als stellvertretender Projektleiter <u>oder</u> als Projektleiter</b> geleitet haben.</p> <p>c) Die (weiteren) <b>Mindestanforderungen</b> (i.) und die <b>Bewertungssystematik</b> (ii.) an das persönliche Referenzprojekt des Projektleiters und an das persönliche Referenzprojekt des stellvertretenden Projektleiters sind jeweils wie folgt:</p> <p>(i.) Das jeweilige persönliche Referenzprojekt muss die Erbringung von <b>Totalunternehmerleistungen</b> (Neubau oder Generalsanierung) umfasst haben.</p>



	<p>Damit das persönliche Referenzprojekt gewertet wird, muss das persönliche Referenzprojekt mindestens folgende Anforderungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Gegenstand der Leistungen waren <b>Totalunternehmerleistungen</b> mit <b>mindestens</b> folgendem Inhalt:<ul style="list-style-type: none"><li>○ schlüsselfertiger Bau (Neubau oder Generalsanierung);</li><li>○ mindestens Bauleistungen mit den Gewerken Baumeisterarbeiten und Ausbaugewerken;</li><li>○ Planungsleistungen mindestens der Leistungsphase 5 im Sinne der HOAI (gilt für den Projektleiter und für den stellvertretenden Projektleiter)</li><li>○ Bauabnahme ist eingetreten <b>zwischen dem 01.01.2020 bis zum Ablauf der Angebotsfrist</b> (bei den indikativen Erstangeboten wird auf die Frist zur Abgabe dieser indikativen Erstangebote abgestellt; bei den indikativen Folgeangeboten wird auf die Frist zur Abgabe dieser indikativen Folgeangebote abgestellt; bei den endgültigen Angeboten wird auf die Frist zur Abgabe dieser endgültigen Angebote abgestellt) in dem gegenständlichen Verfahren.</li></ul></li><li>• <b>Auftragswert (brutto)</b> [vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) für die Bauleistungen und Planungsleistungen, die der Projektleiter als Projektleiter [bzw.</li></ul>
--	--



	<p>der stellvertretende Projektleiter als Projektleiter oder stellvertretender Projektleiter] geleitet hat</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ <b>von mindestens 7.000.000,- EUR (brutto);</b></li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Brutto-Grundfläche</b> (kurz: <b>BGF</b>) nach <b>DIN 277:2021-08</b> [Summe der Netto Raumfläche (NRF) und der Konstruktions-Grundfläche (KGF)] des Referenzprojekts für die von dem Projektleiter und dem stellvertretenden Projektleiter erbrachten Leistungen <ul style="list-style-type: none"> <li>○ <b>von mindestens 1000 m².</b></li> </ul> </li> </ul> <div data-bbox="762 1075 1388 1361" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Erfüllt das persönliche Referenzprojekt des Projektleiters und / oder das persönliche Referenzprojekt des stellvertretenden Projektleiters nicht die oben genannten Mindestanforderungen führt dies zum <b>Ausschluss des Angebots.</b></p> </div> <p>(ii.) Die <b>Bewertungssystematik</b> ist sowohl für das persönliche Referenzprojekt des Projektleiters als auch für das persönliche Referenzprojekt des stellvertretenden Projektleiters wie folgt:</p> <table border="1" data-bbox="762 1675 1372 2094"> <tr> <th data-bbox="762 1675 1129 1720">1. Auftragswert (brutto)</th><th data-bbox="1129 1675 1372 1720">Punkte</th></tr> <tr> <td data-bbox="762 1720 1129 2094">[vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) für die Bauleistungen und Planungsleistungen, die der Projektleiter als Projektleiter (bzw. der stellvertretende Projektleiter als</td><td data-bbox="1129 1720 1372 2094"></td></tr> </table>	1. Auftragswert (brutto)	Punkte	[vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) für die Bauleistungen und Planungsleistungen, die der Projektleiter als Projektleiter (bzw. der stellvertretende Projektleiter als	
1. Auftragswert (brutto)	Punkte				
[vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) für die Bauleistungen und Planungsleistungen, die der Projektleiter als Projektleiter (bzw. der stellvertretende Projektleiter als					



	Projektleiter oder stellvertretender Projektleiter) geleitet hat];	
	>= 9.360.000 EUR (brutto)	5 Punkte
	= 7 Mio. EUR (brutto)	0 Punkte
	< 7 Mio. EUR (brutto)	Kein geeignetes Referenzprojekt; führt zum Ausschluss des Angebots
	<p>Soweit der Auftragswert zwischen 7 Mio. EUR (brutto) und 9.360.000 EUR (brutto) liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.</p> <p>Beispiel:</p> <p>Bei einem Auftragswert in Höhe von 8.180.000 EUR (brutto) erhält der Bieter 2,50 Punkte.</p>	
	<b>2. Brutto-Grundfläche (BGF) nach DIN 277:2021-08 [Summe der Netto-Raumfläche (NRF) und der Konstruktions-Grundfläche (KGF)] des persönlichen Referenzprojekts</b>	Punkte
	>= 1.500 m <sup>2</sup>	5 Punkte
	= 1000 m <sup>2</sup>	0 Punkte
	< 1000 m <sup>2</sup>	Kein geeignetes Referenzprojekt;



		führt zum Ausschluss des Angebots
<p>Soweit die Brutto-Grundfläche (BGF) zwischen 1.000 m² und 1.500 m² liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.</p> <p>Beispiel:</p> <p>Bei einer Brutto-Grundfläche (BGF) in Höhe von 1250 m² erhält der Bieter 2,50 Punkte.</p>		
<b>3. Art der Nutzung</b>		<b>Punkt(e)</b>
Studierendenwohnheim [Ein Studentenwohnheim oder Studierendenwohnheim (teilweise auch Studentenwohnanlage, Studentendorf oder kurz Studentenheim genannt) ist eine Unterkunft für Studierende während des Studiums.];		5
Gemeinschaftliches Wohnen (Altenwohnheim [Ein Altenheim oder Altersheim (auch Feierabendheim, Feierabendhaus, Pensionistenheim, Seniorenheim oder Seniorenresidenz genannt) ist eine Wohneinrichtung für alte Menschen, in der sie Betreuung und Pflege erhalten können.]; Jugendwohnheime [Wohnheim für berufstätige		3



	oder in Ausbildung stehende Jugendliche, die nicht zu Hause wohnen können.])	
	kein Studierendenwohnheim; kein gemeinschaftliches Wohnen	0
<p>Die erzielten Punkte für den <b>Auftragswert (brutto)</b> (1.), die <b>Brutto-Grundfläche (BGF)</b> (2.) und die <b>Art der Nutzung</b> (3.) werden addiert.</p> <p>Je eingereichtem persönlichem Referenzprojekt können maximal 15,00 Punkte (5,00 + 5,00 + 5,00) erzielt werden. Bei maximal einem (1) persönlichen Referenzprojekt jeweils für den Projektleiter und den stellvertretenden Projektleiter kann der Bieter somit <b>maximal insgesamt 30,00 Punkte</b> (2 x (5,00 + 5,00 + 5,00)) erzielen.</p> <p>Für den Fall, dass mit dem Angebot mehr als ein (1) geeignetes persönliches Referenzprojekt jeweils für den Projektleiter und stellvertretenden Projektleiter eingereicht wird, wird jeweils das chronologisch erste geeignete persönliche Referenzprojekt gewertet.</p> <p>Zur Bewertung hat der Bieter die <b>gelb</b> markierten Felder in der <b>Anlage 603 „Erfahrung des Projektteams“</b> vollständig auszufüllen und als Teil des Angebots ausschließlich in elektronischer Form einzureichen.</p> <p>Je persönlichem Referenzprojekt sind zwei (2) zusätzliche Projektblätter (also maximal zwei (2) einseitig bedruckte DIN-A4-Seiten), die Fotos</p>		





	<p>sowie eine Darstellung des persönlichen Referenzprojektes beinhalten, zu <b>rein informativischen Zwecken</b> gestattet.</p> <p>Diese Projektblätter sind jedoch nicht Teil der Bewertung. Bewertet werden ausschließlich die Angaben des Bieters zu dem persönlichen Referenzprojekt in der <b>Anlage 603</b> „Erfahrung des Projektteams“.</p> <p>Im Falle der Auftragserteilung verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Leistungen durch den benannten <b>projektverantwortlichen Projektleiter</b> und den benannten <b>stellvertretenden Projektleiter</b> zu erbringen.</p> <p>Der <b>Projektleiter</b> und der <b>stellvertretende Projektleiter</b> dürfen nur aus wichtigem Grund und nur bei Zustimmung durch den Auftraggeber in Textform ausgetauscht werden. Im Falle des Austauschs muss der neue Projektleiter bzw. der neue stellvertretende Projektleiter mindestens genauso erfahren und geeignet sein wie die zu ersetzende Person. Es müssten also mindestens genauso viele Punkte bei der Bewertung der <b>Erfahrung</b> erzielt worden sein, falls diese Person bereits im Rahmen des Vergabeverfahrens (je nach Ersetzung) als Projektleiter oder als stellvertretender Projektleiter angeboten worden wäre.</p> <p>HINWEIS: Das Zuschlagskriterium „Persönliche Erfahrung des Projektteams“ ist für alle Leistungsstufen, auch für solche, die nicht mit Erteilung des Zuschlags unmittelbar beauftragt werden, wertungsrelevant.</p> <p><b>HINWEIS:</b> Die Punkte werden multipliziert mit dem <b>Gewichtungsfaktor 2,50</b>; mathematisch</p>
--	--



## Studierendenwerk Augsburg

	gerundet auf zwei Nachkommastellen.  Maximal können für das Zuschlagskriterium „Persönliche Erfahrung des Projektteams“ <b>75,00 qualitative Leistungspunkte</b> erzielt werden.
Art der Gewichtung (durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Gewichtung</b>
Gewichtung (bspw. in Prozent)	<b>15,0 %</b>

### ☒ Qualität(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	<b>Ausführungskonzept</b>
Beschreibung des Kriteriums	<p>Bewertet wird ein von dem Bieter einzureichendes <b>auftragsbezogenes Ausführungskonzept</b>.</p> <p>In dem auftragsbezogenen Ausführungskonzept hat der Bieter anhand <b>konkreter zukünftiger Maßnahmen</b> darzustellen, wie er im Falle der Auftragserteilung an ihn, konkret die Leistungen ausführen wird, um das übergeordnete Ziel der termingerechten Fertigstellung, durch die möglichst rasche Erbringung der Planungs- und Bauleistungen sowie eine möglichst frühzeitige Abnahme erreicht wird, sicherzustellen.</p> <p>Dem Auftraggeber ist es wichtig, dass der Bieter möglichst viele vergleichbare Leistungen bereits erbracht hat, sei es</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• selbst,</li> </ul>



	<ul style="list-style-type: none"><li>• durch in dem gegenständlichen Vergabeverfahren angebotene Mitglieder der Bietergemeinschaft oder</li><li>• durch in dem gegenständlichen Vergabeverfahren vorliegend angebotene Unterauftragnehmer.</li></ul> <p>Daher soll der Bieter darauf eingehen, welche Unternehmen für welche Leistungen vorgesehen sind und inwieweit der Auftraggeber mit diesen Unternehmen in der Vergangenheit bereits vergleichbare Leistungen ausgeführt hat, damit vorliegend das übergeordnete Ziel der termingerechten Planungs- und Bauleistungen sichergestellt wird.</p> <p><b>(Unterkriterium 1: 0 bis 5 Bewertungspunkte)</b></p> <p>Das Ausführungskonzept darf einen Umfang von maximal <b>drei (3) DIN A4-Seiten für das Unterkriterium</b> nicht überschreiten. Angaben ab Seite 4 bleiben bei der Bewertung des Ausführungskonzeptes unberücksichtigt. Eine inhaltsleere Titelseite bleibt bei der Bewertung der zulässigen Seitenanzahl und des Ausführungskonzeptes unberücksichtigt.</p> <p>Der Bieter soll das „Ausführungskonzept“ wie folgt bezeichnen:</p> <p><b>Anlage 602 – Ausführungskonzept.</b></p> <p><b>Sollte das Ausführungskonzept fehlen, führt dies zwingend zum Ausschluss</b></p>
--	---



	<p><b>des Angebots. Eine Nachforderung wäre insoweit nicht möglich.</b></p> <p>Im Falle der Auftragserteilung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Leistungen entsprechend seines Ausführungskonzepts zu erbringen, soweit der Auftraggeber nicht ein davon abweichendes Vorgehen gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht. Die in dem Ausführungskonzept enthaltenen Angaben gelten als vereinbarte Beschaffenheit.</p> <p>HINWEIS: Das Zuschlagskriterium „Ausführungskonzept“ ist für alle Leistungsstufen, auch für solche, die nicht mit Erteilung des Zuschlags unmittelbar beauftragt werden, wertungsrelevant.</p> <p><b>HINWEIS:</b> Die Bewertungspunkte (maximal 5 Bewertungspunkte) werden multipliziert mit dem <b>Gewichtungsfaktor 15,00</b>; mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen .</p> <p>Maximal können für das Zuschlagskriterium „Ausführungskonzept“ <b>75,00 qualitative Leistungspunkte</b> erzielt werden.</p>
Art der Gewichtung (durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Gewichtung</b>
Gewichtung (bspw. in Prozent)	<b>15,0 %</b>

☒ Preis(-Kriterium)

Bezeichnung des Kriteriums	<b>Kalkulatorischer Angebotspreis (brutto)</b>
----------------------------	--



Beschreibung des Kriteriums	<b>Wertungsrelevanter Preis (P) = kalkulatorischer Angebotspreis (brutto) gemäß Anlage 803 „Preisblatt“</b>  HINWEIS: Das Zuschlagskriterium „Kalkulatorischer Angebotspreis (brutto)“ ist für alle Leistungsstufen, auch für solche, die nicht mit Erteilung des Zuschlags unmittelbar beauftragt werden, wertungsrelevant.
Art der Gewichtung (durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Gewichtung</b>
Gewichtung (bspw. in Prozent)	<b>70,0 %</b>

### **6.2.5 Wertung der (Zuschlags-)Kriterien**

Die Wertung der Angebote erfolgt anhand nachfolgend dargestellter Bewertungsmethode nach dem besten Preis-Leistungsverhältnis:

Es hat derjenige Bieter das wirtschaftlichste Angebot abgegeben, dessen Angebot die höchste **Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z)** im Vergleich zu den anderen Angeboten aufweist. Die Bewertung erfolgt in folgenden Schritten:

1. Ermittlung der qualitativen Leistungspunkte (**L**) des Angebots;
2. Ermittlung der preislichen Leistungspunkte über den wertungsrelevanten Preis (**P**) des Angebots;
3. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots anhand der Wirtschaftlichkeitskennzahl (**Z**).

#### **6.2.5.1 Ermittlung der qualitativen Leistungspunkte (L)**

Ermittlung der qualitativen **Leistungspunkte (L)** des Angebots (maximal 150,00 Leistungspunkte):



**Summe der Punkte und Bewertungspunkte** aus dem qualitativem Zuschlagskriterium „Persönliche Erfahrung des Projektteams“ multipliziert mit dem dort genannten Gewichtungsfaktor (maximal 75,00 qualitative Leistungspunkte) addiert mit der Summe der Bewertungspunkte des qualitativen Zuschlagskriteriums „Ausführungskonzept“ multipliziert mit dem dort genannten Gewichtungsfaktor (maximal 75,00 qualitative Leistungspunkte).

Maximal kann ein Bieter 150,00 qualitative Leistungspunkte erzielen [75,00 qualitative Leistungspunkte (Persönliche Erfahrung des Projektteams) + 75,00 qualitative Leistungspunkte (Ausführungskonzept)].

Die Bewertung des qualitativen Zuschlagskriteriums „Ausführungskonzept“ erfolgt nach der nachfolgenden Bewertungsmethode. Eine Bewertung nach den nachfolgenden Bewertungspunkten erfolgt bei all denjenigen Kriterien, bei denen die Angabe steht: „0 bis 5 Bewertungspunkte“.

Es werden Bewertungspunkte von 0 bis 5 vergeben, wobei 5 Bewertungspunkte die bestmögliche Bewertung darstellt.

Die Punkteverteilung erfolgt im Rahmen einer vergleichenden Bewertung der Inhalte der verschiedenen Angebote jeweils wie folgt:

#### 5 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten zu demselben jeweiligen Kriterium eine **sehr gute** Leistung erwarten.

#### 4 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **gute** Leistung erwarten.

#### 3 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **befriedigende** Leistung erwarten.



## Studierendenwerk Augsburg

2 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **ausreichende** Leistung erwarten.

1 Bewertungspunkt:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **mangelhafte** Leistung erwarten.

0 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen Kriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen noch wertbaren Angeboten eine **ungenügende** Leistung erwarten.

### 6.2.5.2 Ermittlung der preislichen Leistungspunkte über den wertungsrelevanten Preis (P)

Ermittlung der preislichen Leistungspunkte (maximal 350,00 Leistungspunkte) des Angebots:

Der wertungsrelevante Preis (P) ist der **kalkulatorische Angebotspreis (brutto)** entsprechend der **Anlage 803 „Preisblatt“**. Maximal kann ein Bieter 350,00 preisliche Leistungspunkte erzielen.

Der wertungsrelevante Preis (P) gemäß Pos. F des Preisblattes (Anlage 803) in dem Vergabeverfahren setzt sich zusammen aus

dem angebotenen Gesamtpreis für die Brutto-Pauschalvergütung für die Leistungsstufen 1 (Pos. A des Preisblattes) und für die Leistungsstufe 2 (Pos. B des Preisblattes)

addiert mit

dem angebotenen Preis der Brutto-Pauschalvergütung für die Leistungen der Leistungsstufe 3 (Pos. C) bei Ausübung der Verlängerungsoption gemäß § 2 (2) des Totalunternehmervertrages (Anlage 907).



## Studierendenwerk Augsburg

Das günstigste Angebot ist das Angebot mit dem niedrigsten kalkulatorischen Angebotspreis (brutto).

Für den kalkulatorischen Angebotspreis (brutto) werden folgende preisliche Leistungspunkte vergeben:

Preisliche Leistungspunkte des Bieters **XY** =

350,00 preisliche Leistungspunkte **x**

(kalkulatorischer Angebotspreis (brutto) des günstigsten Angebots in EUR /  
kalkulatorischer Angebotspreis (brutto) des Bieters **XY** in EUR)

---

**x** steht für Multiplikation

**/** steht für Division

**XY** ist die Variable für den jeweiligen Bieter

Die preislichen Leistungspunkte werden mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.

Maßgebend für die von dem Bieter angebotenen Preise ist ausschließlich die Anlage 803 „Preisblatt“.

Der Bieter hat die Anlage 803 „Preisblatt“ vollständig auszufüllen und als Teil des Angebots einzureichen. Die Einreichung kann im Excel-Format (.xlsx) oder im PDF-Format (.pdf) erfolgen. Reicht ein Bieter die Anlage 803 „Preisblatt“ sowohl im Excel- als auch im PDF-Format ein, ist für die Wertung ausschließlich die eingereichte Anlage im Excel-Format (.xlsx) maßgeblich.

### 6.2.5.3 Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Ermittlung der **Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z)** mittels Addition der qualitativen Leistungspunkte (L) mit den preislichen Leistungspunkten (P); mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.





$$Z = L + P$$

Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot, das die höchste Anzahl an Leistungspunkten erreicht (Z).

Insgesamt sind **maximal 500,00 Leistungspunkte** zu erreichen 150,00 für die qualitativen Leistungskriterien und 350,00 für den niedrigsten kalkulatorischen Angebotspreis EUR (brutto) (= wertungsrelevanter Preis (P)).

Der Auftraggeber schließt den Vertrag mit dem Bieter, dessen Angebot die höchste Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z) erhält (Bestbieter).

Hinweis: Sollten zwei (oder mehr) Angebote die gleiche Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z) erzielen und auf den vordersten Rängen liegen, gilt von diesen Angeboten dasjenige Angebot mit der höheren Anzahl an qualitativen Leistungszahl (L) als das wirtschaftlichste Angebot. Ist auch diese identisch, entscheidet das Los unter indirekter notarieller Beteiligung.

## **6.2.6 Weitere Informationen**

### **6.2.6.1 Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

- ☐ Die Auftragsvergabe wird zumindest teilweise aus Mitteln der Europäischen Union finanziert

### **6.2.6.2 Angaben zu KMU**

### **6.2.6.3 Angaben zu Optionen**

Der Erwerber (Auftraggeber) behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben

Ja, unter Beachtung von § 132 GWB.

### **6.2.6.4 Zusätzliche Angaben**

## **6.3 Verfahren**

### **6.3.1 Verfahrensart**



# Studierendenwerk Augsburg

## 6.3.1.1 Verfahrensart

Verfahrensart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
---------------	--

☐ Beschleunigtes Verfahren

Begründung für ein beschleunigtes Verfahren

--

## 6.3.1.2 Die wichtigsten Merkmale des Verfahrens

Die wichtigsten Merkmale des Verfahrens	
--	--

## 6.3.1.3 Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

☐ Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen

## 6.3.2 Besondere Methoden und Instrumente im Vergabeverfahren

### 6.3.2.1 Angaben zur Rahmenvereinbarung

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

☒ Entfällt

### 6.3.2.2 Angaben zum dynamischen Beschaffungssystem

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

☒ Entfällt

### 6.3.2.3 Angaben zur elektronischen Auktion

### 6.3.3 Angaben zur Wiederkehr von Aufträgen

### 6.3.4 Strategische Auftragsvergabe

#### 6.3.4.1 Strategische Auftragsvergabe

☒ Erfüllung sozialer Zielsetzung



☒ Barrierefreiheit

Beschreibung

Barrierefreies Apartment sowie alle relevanten Sozial- und Gemeinschaftsräume im EG.

**6.3.4.2 Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge**

**6.3.4.3 Energieeffizienz-Richtlinie**

**6.3.5 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

☒ Einzelabrufe/Einzelaufträge/Bestellungen werden elektronisch erteilt

☒ Zahlungen werden elektronisch geleistet

Elektronische Rechnungsstellung: **Erforderlich**

**6.3.6 Auftragsunterlagen**

Sprache in der die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind	<b>Deutsch</b>
---	----------------

**6.3.7 Sonstiges / Weitere Angaben**

**6.3.7.1 Kommunikationskanal**

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind.

Bezeichnung des Kommunikationskanals

In der **Anlage 101** finden die interessierten Wirtschaftsteilnehmer notwendige Informationen zur Nutzung der E-Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (DTVP).

Insbesondere weisen wir darauf hin, dass Erklärungen in den Bewerber- / Bieterbereich der E-Vergabeplattform eingestellt werden. Dieser Bewerber-/ Bieterbereich wird für die Zustellung rechtserheblicher Erklärungen genutzt.



Die Vergabeunterlagen sind zu finden unter (URL):

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y1A5YGN>

### **6.3.7.2 Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

§ 160 Abs. 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter



ergangen ist.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn (10) Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die E-Vergabepattform) der Information nach 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 GWB verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist,

und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

Gemäß § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

#### **6.3.7.3 Weitere Angaben**

- ☒ Der Erwerber (Auftraggeber) behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote (Erstangebote) ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

#### **6.3.7.4 Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

Bekanntmachungsnummer	
-----------------------	--

#### **6.3.7.5 Zusätzliche Informationen**



### **1. Bewerber- / Bietergemeinschaft**

Im Falle der Bildung einer Bewerber- / Bietergemeinschaft, hat diese mit dem Teilnahmeantrag eine von dem vertretungsberechtigten Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft (1. Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft) unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und das für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages vertretungsberechtigte Mitglied bezeichnet ist,
- dass das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt ist, und
- dass alle Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft und (im Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

Die rechtlichen Anforderungen an die Bildung von Bewerber- / Bietergemeinschaften sind einzuhalten. Außerdem hat die Bewerber- / Bietergemeinschaft die Rechtsform anzugeben, die sie für die Erfüllung des Auftrages annehmen wird.

Die Bewerber- / Bietergemeinschaft hat für diese Erklärung die **Anlage 202 „Bewerber- \_Bietergemeinschaft“** zu verwenden.

Die Anlage ist von dem vertretungsberechtigten Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft als Bestandteil des Teilnahmeantrags ausgefüllt einzureichen.

### **2. Ausschlussgründe**

#### **Zwingende Ausschlussgründe des § 123 Abs. 1 bis 3 GWB**

Eigenerklärung (gemäß § 123 Abs. 1 bis 3 GWB), dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt, oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, jeweils wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),



- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

**Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung**

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).

**Fakultative Ausschlussgründe des § 124 GWB**

Eigenerklärung (gemäß § 124 GWB), dass



- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen nicht verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen nicht im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; dies gilt auch für Personen, die als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt haben,
- das Unternehmen nicht mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen nicht
  - versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder





- fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Falls eine oder mehrere der oben aufgeführten Ausschlussgründe grundsätzlich erfüllt sind, hat das Unternehmen diejenigen Ausschlussgründe konkret zu benennen und außerdem Gründe darzulegen (wie beispielsweise Darlegung einer abgegebenen Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen oder Darlegung von Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB), warum er dennoch als geeignet anzusehen ist.

Der **Bewerber**, **jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft** und **jeder eignungsverleihende Unterauftragnehmer** hat für diese Erklärung die **Anlage 201 „Ausschlussgründe“** zu verwenden. Der **Bewerber** / das **vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat diese Anlage(n) ausgefüllt als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

Vor der Zuschlagserteilung überprüft der Auftraggeber, ob Gründe für den Ausschluss des **Unterauftragnehmers** vorliegen (§§ 6d EU Abs. 1, 6e EU Abs. 1 VOB/A). Dem Bieter / der Bietergemeinschaft wird es freigestellt, bereits bei Abgabe des Angebots die Erklärung der Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den **Unterauftragnehmer** einzureichen. Die Einreichung der Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den Unterauftragnehmer bei Abgabe des Angebots ist keine verbindliche Vorgabe.

### 3. Eignungsleihe

Beabsichtigt der **Bewerber / die Bewerbergemeinschaft** im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit oder Fachkunde die Kapazitäten **anderer Unternehmen** (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) in Anspruch zu nehmen, muss der **Bewerber / die Bewerbergemeinschaft** in dem Teilnahmeantrag **Art und Umfang** der Inanspruchnahme angeben, diese anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) benennen und nachweisen, dass ihm / ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel dieser Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende **vergaberechtliche Verpflichtungserklärung [Anlage 214]** dieser anderen



Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) im Sinne des § 6d EU Abs. 1 Satz 2 VOB/A vorlegt.

Unter „andere Unternehmen“ sind alle Unternehmen zu verstehen, die mit dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft rechtlich nicht identisch sind. Das betrifft auch konzernverbundene Unternehmen.

Zum gleichen Zeitpunkt hat der **Bewerber** / die **Bewerbergemeinschaft** die in diesen Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen (**Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise**) zum Beleg der Erfüllung der entsprechenden Eignungskriterien, hinsichtlich derer die Inanspruchnahme der Kapazitäten der anderen Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) erfolgt, für diese anderen Unternehmen, sowie für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bezogen auf diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Ein **Bewerber** / eine **Bewerbergemeinschaft** kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 6d EU Abs. 1 Satz 3 VOB/A oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt ein **Bewerber** / eine **Bewerbergemeinschaft** die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (eignungsverleihender Unterauftragnehmer) im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so ist dies nur zulässig, soweit mit dem Teilnahmeantrag eine **gemeinsame Haftung** des **Bewerbers** / der **Bewerbergemeinschaft** und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe erklärt wird.

Der **Bewerber** / das **vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat die **Anlage 204 „Eignungsleihe“** auszufüllen soweit eine Eignungsleihe in Anspruch genommen wird, und diese Anlage als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

## 6.4 Teilnahmeanträge

### 6.4.1 Anforderungen an Teilnahmeanträge / Angebote

#### 6.4.1.1 Übermittlung der Teilnahmeanträge / Angebote



# Studierendenwerk Augsburg

## Zugelassene Wege der Übermittlung

- ☒ Elektronische über diese E-Vergabeplattform:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y1A5YGN>

### 6.4.1.2 Anforderungen an die Form der elektronischen Übermittlung

- ☒ Textform
- ☐ Fortgeschrittene elektronische Signatur (**freiwillig**)
- ☐ Qualifizierte elektronische Signatur (**freiwillig**)

### 6.4.1.3 Eingabemöglichkeit für Preise innerhalb des Bietertools

- ☒ Die Eingabemöglichkeit für Unternehmen direkt im Bietertool sperren, so dass derartige Informationen ausschließlich in den entsprechenden Angebotsdokumenten angegeben werden können

### 6.4.1.4 Sprache(n), in der (denen) Teilnahmeanträge / Angebote eingereicht werden können

Erlaubte Sprache	Deutsch
------------------	---------

### 6.4.1.5 Varianten / Alternativangebote

- ☐ Varianten / Alternativangebote (Nebenangebote) sind zulässig
- ☒ Varianten / Alternativangebote (Nebenangebote) sind **nicht** zulässig

### 6.4.1.6 Elektronische Kataloge

Die Abgabe elektronischer Kataloge ist	<input type="checkbox"/> Erforderlich
	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Nicht</b> zulässig
	<input type="checkbox"/> Zulässig

### 6.4.1.7 Mehrere Angebote pro Bieter



## Studierendenwerk Augsburg

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen	<input type="checkbox"/> Erforderlich <input checked="" type="checkbox"/> <b>Nicht</b> zulässig <input type="checkbox"/> Zulässig
---	---

### 6.4.2 Verwaltungsangaben

#### 6.4.2.1 Bindefrist

Dauer	<b>60</b>
Art der Dauer	<input checked="" type="checkbox"/> (Kalender-)Tage

#### 6.4.2.2 Bedingungen für die Öffnung der Teilnahmeanträge / Angebote

Ort	<b>Auf der E-Vergabeplattform (Deutsches Vergabeportal (DTVP))</b>
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren	Die Öffnung der <b>Teilnahmeanträge / Angebote</b> wird von mindestens zwei (2) Vertretern des öffentlichen Auftraggebers gemeinsam an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Teilnahmefrist / Angebotsfrist durchgeführt (vgl. § 14 EU Abs. 1 Satz 1 VOB/A). Bewerber / Bieter sind bei der Öffnung der Teilnahmeanträge / Angebote nicht zugelassen.

#### 6.4.2.3 Nachforderung

##### Angabe zu fehlenden Unterlagen

(durch den Auftraggeber kann nur ein Kästchen angekreuzt werden)

☒ Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen

Weitere Informationen

Mit dem zuvor stehenden Satz „Eine Nachforderung von Erklärungen,
---



Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen.“ ist gemeint, dass der Auftraggeber bestimmte „fehlende Bieterunterlagen“ (gemeint sind auch bestimmte fehlende Bewerberunterlagen) nicht nachfordern wird, wenn diese mit dem Teilnahmeantrag bzw. mit dem jeweiligen Angebot gefordert worden sind und fehlen.

Und zwar inhaltlich fehlerhafte (unternehmensbezogene als auch leistungsbezogene) Unterlagen und fehlende / unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, die die Bewertung der Teilnahmeanträge anhand der Auswahlkriterien (§ 3b EU Abs. 2 Nr. 3 Satz 2 VOB/A) betreffen, fehlende / unvollständige leistungsbezogene Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, sowie fehlende Produktangaben, werden nicht nachgefordert.

Dies bedeutet auch:

Der öffentliche Auftraggeber muss Bewerber und Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen – insbesondere Erklärungen, Angaben oder Nachweise – nachzureichen oder zu vervollständigen, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen – insbesondere Erklärungen, Produkt- und sonstige Angaben oder Nachweise – nachzureichen oder zu vervollständigen (Nachforderung). Es sind nur Unterlagen nachzufordern, die bereits mit dem Angebot vorzulegen waren (vgl. § 16a EU Abs. 1 VOB/A).

Fehlende Preisangaben dürfen nicht nachgefordert werden. Angebote, die den Bestimmungen des § 13 EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A nicht entsprechen, sind auszuschließen. Dies gilt nicht für Angebote, bei denen lediglich in unwesentlichen Positionen die Angabe des Preises fehlt und sowohl durch die Außerachtlassung dieser Positionen der Wettbewerb und die Wertungsreihenfolge nicht beeinträchtigt werden als auch bei Wertung dieser Positionen mit dem jeweils höchsten Wettbewerbspreis. Hierbei wird nur auf den Preis ohne Berücksichtigung etwaiger Nebenangebote abgestellt. Der öffentliche Auftraggeber fordert Bewerber und Bieter nach Maßgabe von § 16a EU Abs. 1 VOB/A auf, die fehlenden Preispositionen zu ergänzen (vgl. § 16a EU Abs. 2 VOB/A).

Die Unterlagen oder fehlenden Preisangaben sind vom Bewerber und Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer



## Studierendenwerk Augsburg

angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. Die Frist soll sechs Kalendertage nicht überschreiten (§ 16a EU Abs. 4 VOB/A).

### 6.5 Bedingungen

#### 6.5.1 Ausschlussgründe

##### 6.5.1.1 Ort der Angabe der Ausschlussgründe

Ort der Angabe der Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/> Auftragsunterlagen <input checked="" type="checkbox"/> Bekanntmachung
-------------------------------------	--

##### 6.5.1.2 Ort der Angabe der Ausschlussgründe

Auswahl der Ausschlussgründe	Beschreibung
<input type="checkbox"/> Rein nationale Ausschlussgründe	
<input checked="" type="checkbox"/> Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren	Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn <ul style="list-style-type: none"><li>über das Vermögen des Unternehmens ein der Insolvenz vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 3, 4 GWB).</li></ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung	Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie



	<p>Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen) (§ 123 Abs. 1 Nr. 6 GWB),</li> <li>• § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung) (§ 123 Abs. 1 Nr. 7 GWB),</li> <li>• den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete) (§ 123 Abs. 1 Nr. 8 GWB),</li> <li>• Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) (§ 123 Abs. 1 Nr. 9 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Bildung krimineller Vereinigungen	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie</p>



	<p>Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) (§ 123 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1, 3 GWB).</li></ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).</li></ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich ge-</li></ul>





	gen geltende umweltrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1 GWB).
<input checked="" type="checkbox"/> Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche) (§ 123 Abs. 1 Nr. 3 GWB), und</li> <li>• § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen (§ 123 Abs. 1 Nr. 2 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Betrug oder Subventionsbetrug	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geld-</p>



	<p>buße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 4 GWB), und</li> <li>• § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventions-betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 5 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung) (§ 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB).</li> </ul>



<input checked="" type="checkbox"/> Zahlungsunfähigkeit	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Unternehmen zahlungsunfähig ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 1 GWB).</li></ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 Var. 3 GWB).</li></ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Insolvenz	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 2 GWB).</li></ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien</li></ul>



	<p>eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB), oder</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das Unternehmen <ul style="list-style-type: none"> <li>○ versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,</li> <li>○ versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder</li> <li>○ fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB).</li> </ul> </li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Interessenkonflikt	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durch-</li> </ul>



	<p>führung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB).</p>
<input checked="" type="checkbox"/> Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Schwere Verfehlung	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt</p>



	<p>des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende sozialrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>(1.) das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder</li> </ul>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>• (2.) die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können (§ 123 Abs. 4 Nr. 1 Alt. 3, Nr. 2 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Einstellen der beruflichen Tätigkeit	<p>Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 Var. 5, 6 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• (1.) das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder</li> <li>• (2.) die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können (§ 123 Abs. 4 Nr. 1 Alt. 1, 2, Nr. 2 GWB).</li> </ul>
<input checked="" type="checkbox"/> Bildung terroristischer Vereinigungen	<p>Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie</p>



	<p>Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) (§ 123 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 GWB).</li></ul>
--	--

#### **6.5.2 Begrenzung der Bieter**

- ☒ Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden
- ☒ Es gibt eine Höchstzahl von Bewerbern, die für die zweite Phase des Verfahrens eingeladen werden

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber	<b>3</b>
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber	<b>8</b>

#### **6.5.3 Teilnahmebedingungen**

##### **6.5.3.1 Eignungskriterien / Ausschreibungsbedingungen**

Art des (Eignungs-)Kriteriums:

- ☐ Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung des Kriteriums	
Beschreibung des Kriteriums	





☒ Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung des Kriteriums	Spezifischer Jahresumsatz
Beschreibung des Kriteriums	<p>Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft <b>erklärt</b>, dass das Unternehmen des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft</p> <ul style="list-style-type: none"><li>in jedem der letzten drei (3) Kalenderjahre (2023, 2024 und 2025) je einen <b>Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags</b> in Höhe von <b>mindestens 14.000.000,- EUR (netto) pro Kalenderjahr (Mindestanforderung)</b> erwirtschaftet hat.</li></ul> <p>Die Bewerber / die Bewerbergemeinschaften, vertreten durch das in der <b>Anlage 202</b> benannte vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft, weisen <b>auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers</b> mittels <b>Beleg (Fremderklärung)</b> des Steuerberaters oder des Wirtschaftsprüfers über den Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten drei (3) Geschäftsjahre ihre Angaben entsprechend nach, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.</p> <p>„Sofern entsprechende Angaben verfügbar sind“ meint, dass Betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA) des Steuerberaters oder des Wirtschaftsprüfers für die letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre vorzulegen sind, soweit diese vorliegen.</p> <p>Liegt für ein (1) Geschäftsjahr die BWA noch nicht vor, sind die BWA für ein solches Geschäftsjahr wenigstens anteilig vorzulegen, soweit sie vorliegen und vorliegen müssen. Der Steuerberater oder der Wirtschaftsprüfer des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft hat dem Auftraggeber auf gesondertes Verlangen in diesem Fall außerdem mitzuteilen, inwiefern BWA fehlen, warum diese fehlen und wann mit ihrem Erhalt zu rechnen ist.</p> <p>Etwaige dann noch ausstehende BWA sind von dem</p>



	<p>Bewerber / der Bewerbergemeinschaft, vertreten durch das in der Anlage 202 benannte vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft, dem Auftraggeber unaufgefordert während des Vergabeverfahrens über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabepattform jeweils zu übermitteln, sobald und soweit diese vorliegen.</p> <p>Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber in diesem Fall unaufgefordert etwaige noch ausstehende BWA nach der Erteilung des Zuschlags vorzulegen, sobald und soweit diese vorliegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftragnehmer außerordentlich zu kündigen, wenn er feststellt, dass der Auftragnehmer als Bewerber / Bewerbergemeinschaft nicht die Mindestanforderungen an die Eignung erfüllt hat.</p> <p>Bei Bewerbergemeinschaften ist der Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023, 2024 und 2025) der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu addieren; bei Bewerbergemeinschaften ist die jeweilige Summe des Jahresumsatzes in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags maßgeblich für die Einhaltung der vorgenannten Mindestanforderungen.</p> <p>Der <b>Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft</b> und soweit relevant der <b>eignungsverleihende Unterauftragnehmer</b> hat für diese Erklärung die <b>Anlage 208 „Jahresumsatz“</b> zu verwenden und diese Anlage ausgefüllt als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.</p>
--	--



Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Art des Kriteriums	Referenzen zu bestimmten Arbeiten
Beschreibung des Kriteriums	Der <b>Bewerber</b> hat mit dem Teilnahmeantrag mindestens <b>zwei (2) geeignete unternehmensbezogene Referenzprojekte</b>



	<p>über früher ausgeführte Leistungen (<b>schlüsselfertiger Bau (Neubau oder Generalsanierung) mit mindestens Bauleistungen</b> mit den Gewerken Baumeisterarbeiten und Ausbaugewerke <b>sowie Planungsleistungen mindestens der Leistungsphase 5</b> im Sinne der HOAI einzureichen.</p> <p>Das unternehmensbezogene Referenzprojekt muss <b>jeweils</b> die Erbringung von <b>Totalunternehmerleistungen</b> umfasst haben und mindestens folgende <b>Mindestanforderungen</b> erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>schlüsselfertiger Bau (Neubau oder Generalsanierung);</b></li><li>• mit <b>mindestens Bauleistungen mit den Gewerken Baumeisterarbeiten und Ausbaugewerke;</b></li><li>• Planungsleistungen <b>mindestens der Leistungsphase 5</b> im Sinne der HOAI;</li><li>• <b>Erbringungszeitraum</b> (<b>Bauabnahme</b> ist eingetreten zwischen dem <b>01.01.2020 bis zum Ablauf der Teilnahmefrist</b> in dem gegenständlichen Verfahren).</li><li>• <b>Auftragswert (brutto)</b> [vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) des Referenznehmers in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt für die von dem Referenznehmer erbrachten Bauleistungen und Planungsleistungen]<ul style="list-style-type: none"><li>○ <b>von mindestens 7.000.000,- EUR (brutto);</b></li></ul></li><li>• <b>Brutto-Grundfläche</b> (kurz: <b>BGF</b>) nach <b>DIN 277:2021-08</b> [Summe der Netto-Raumfläche (NRF) und der Konstruktions-Grundfläche (KGF)] des unternehmensbezogenen Referenzprojekts<ul style="list-style-type: none"><li>○ <b>von mindestens 1.000 m²;</b></li></ul></li></ul> <p>Die unternehmensbezogenen Referenzprojekte dürfen dabei mit den persönlichen Referenzprojekten des Projektteams übereinstimmen.</p>
--	--



	<p>Der Bewerber hat je unternehmensbezogenem Referenzprojekt in Form einer Liste Folgendes anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Name des Referenznehmers</b> (Name des Unternehmens, welches den Referenzauftrag ausgeführt hat);</li><li>• <b>Projektbezeichnung</b> der früher ausgeführten Leistung unter Angabe der folgenden Mindestanforderungen:<ul style="list-style-type: none"><li>• schlüsselfertiger Bau (Neubau oder Generalsanierung),</li><li>• mindestens Bauleistungen mit den Gewerken Baumeisterarbeiten und Ausbaugewerke sowie</li><li>• Planungsleistungen mindestens der Leistungsphase 5 im Sinne der HOAI</li></ul>unter Angabe zu den ausgeführten Planungsleistungen und den ausgeführten Bauleistungen;</li><li>• <b>Rolle des Referenznehmers</b> in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt (ausführender Auftragnehmer; ausführendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft; ausführender Unterauftragnehmer);</li><li>• <b>Auftragswert</b> (vereinbarte Vergütung – EUR (brutto)) des Referenznehmers in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt für die von dem Referenznehmer erbrachten Bau- und Planungsleistungen);</li><li>• <b>Brutto-Grundfläche nach DIN 277:2021-08 (kurz BGF)</b> (in m<sup>2</sup>) [Summe der Netto-Raumfläche (NRF) und der Konstruktions-Grundfläche (KGF)] des unternehmensbezogenen Referenzprojekts];</li><li>• <b>Erbringungszeitraum</b> (<b>Bauabnahme</b> ist eingetreten zwischen dem <b>01.01.2020 bis zum Ablauf der Teil-</b></li></ul>
--	---



	<p><b>nahmefrist</b> in dem hier gegenständlichen Vergabeverfahren unter Angabe des Datums der eingetretenen Abnahme (TT.MM.JJJJ));</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>öffentlicher</b> oder <b>privater Empfänger</b> (Auftraggeber) unter Angabe des Namens des Auftraggebers;</li><li>• <b>Art der Nutzung</b> des unternehmensbezogenen Referenzprojekts.</li></ul> <p>Je unternehmensbezogenen Referenzprojekt sind zwei (2) zusätzliche Projektblätter (also maximal zwei (2) einseitig bedruckte DIN-A4-Seiten), die Fotos sowie eine Darstellung des Referenzprojektes beinhalten, gestattet. <b>Diese Projektblätter sind rein informatorischer Natur.</b> Sie werden bei der Prüfung der unternehmensbezogenen Referenzprojekte nicht berücksichtigt. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus unternehmensbezogene Referenzprojekte benannt werden (zum Beispiel auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder Ähnlichem), werden diese nicht berücksichtigt.</p> <p>Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Bauleistungen berücksichtigt werden, die mehr als fünf (5) Jahre zurückliegen (vgl. § 6a EU Nr. 3 lit. a VOB/A); weil der Zeitraum vom <b>01.01.2020</b> bis zum Ablauf der Teilnahmefrist mehr als 60 Monate und 0 Tage beträgt. Dadurch soll ein ausreichender Wettbewerb sichergestellt werden, insbesondere weil die Bewerber und der Auftraggeber hierdurch dasselbe Verständnis von dem maßgeblichen Erbringungszeitraum haben.</p> <div><p>Kann ein Bewerber nicht mindestens <b>zwei (2)</b> unternehmensbezogene Referenzprojekte angeben, die die aufgestellten Anforderungen erfüllen, führt das <b>zum Ausschluss des Teilnahmeantrags.</b></p></div> <p>Bei Bewerber- / Bietergemeinschaften sind <b>in Summe mindestens zwei (2)</b> geeignete unternehmensbezogene Referenzprojekte anzugeben; außerdem muss klar erkennbar sein,</p>
--	--



	<p>welche Leistungen in welchem Referenzprojekt welches Mitglied der Bewerber- / Bietergemeinschaft erbracht hat. Ausschließlich diejenigen unternehmensbezogenen Referenzprojekte der Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden der Bewerber- / Bietergemeinschaft zugerechnet.</p> <p><b>2. Ordnungsgemäße Informationen</b></p> <p>Eine Übermittlung fahrlässig oder vorsätzlich irreführender Informationen kann ausweislich § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zum Ausschluss von Vergabeverfahren durch öffentliche Auftraggeber führen.</p> <p><b>3. Hinweis</b></p> <p>Die vorstehenden Anforderungen sind Mindestanforderungen an die unternehmensbezogenen Referenzprojekte.</p> <p>Der Bewerber, die Bewerbergemeinschaft und soweit relevant der eignungsverleihende Unterauftragnehmer hat für diese Erklärung die Anlage 206 „Unternehmensbezogene Referenzprojekte“ zu verwenden. Der <b>Bewerber / das vertretungsrechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft</b> hat diese Anlage als Bestandteil des Teilnahmeantrags ausgefüllt einzureichen.</p> <p><b>4. Auswahlkriterium</b></p> <p>Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag <b>mindestens zwei (2) und maximal drei (3) geeignete unternehmensbezogene Referenzprojekte</b> über früher ausgeführte Leistungen (schlüsselfertiger Bau (Neubau oder Generalsanierung) mit mindestens Bauleistungen mit den Gewerken Baumeisterarbeiten und Ausbaugewerke sowie Planungsleistungen mindestens der Leistungsphase 5 im Sinne der HOAI) anzugeben.</p> <p>Soweit mehr als die Mindestzahl von drei (3) geeigneten Bewerbern einen Teilnahmeantrag eingereicht haben, wird der</p>
--	--



Auftraggeber die Auswahl der Bewerber, die als Bieter zur Angebots- und Verhandlungsphase zugelassen werden, anhand nachfolgender **Auswahlkriterien** vornehmen:

Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand des **Auftragswerts (brutto)** (1.) [vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) des Referenznehmers in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt für die von dem Referenznehmer erbrachten Bau- und Planungsleistungen], anhand der **Brutto-Grundfläche (BGF)** (2.) [Summe der Netto-Raumfläche (NRF) und der Konstruktions-Grundfläche (KGF)] und der **Art der Nutzung** (3.) des unternehmensbezogenen Referenzprojekts dient wie folgt:

<b>1. Auftragswert (brutto)</b> [vereinbarte Vergütung – EUR (brutto) des Referenznehmers in dem unternehmensbezogenen Referenzprojekt für die von dem Referenznehmer erbrachten Bau- und Planungsleistungen]	Punkte
>= 9.360.000 EUR (brutto)	5 Punkte
= 7 Mio. EUR (brutto)	0 Punkte
< 7 Mio. EUR (brutto)	Kein geeignetes Referenzprojekt

Soweit der Auftragswert zwischen 7 Mio. EUR (brutto) und 9.360.000 EUR (brutto) liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf die zweite Nachkommastelle.

Beispiel:

Bei einem Auftragswert in Höhe von 8.180.000 EUR (brutto) erhält der Bewerber 2,50 Punkte.

<b>2. Brutto-Grundfläche (BGF)</b> nach DIN 277:2021-08 des unternehmensbezogenen Referenzprojekts [Summe	Punkte
---	--------



	der Netto-Raumfläche(NRF) und der Konstruktions-Grundfläche (KGF)]	
	$\geq 1.500 \text{ m}^2$	5 Punkte
	$= 1.000 \text{ m}^2$	0 Punkte
	$< 1.000 \text{ m}^2$	Kein geeignetes Referenzprojekt
<p>Soweit die Brutto-Grundfläche (BGF) zwischen <math>1.000 \text{ m}^2</math> und <math>1.500 \text{ m}^2</math> liegt, werden die Punkte durch Interpolation vergeben, mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen.</p> <p>Beispiel:</p> <p>Bei einer Brutto-Grundfläche (BGF) in Höhe von <math>1.250 \text{ m}^2</math> erhält der Bewerber 2,50 Punkte.</p>		
<b>3. Art der Nutzung</b>		Punkt(e)
Studierendenwohnheim [Ein Studentenwohnheim oder Studierendenwohnheim (teilweise auch Studentenwohnanlage, Studentendorf oder kurz Studentenheim genannt) ist eine Unterkunft für Studierende während des Studiums.];		5
Gemeinschaftliches Wohnen (Altenwohnheim [Ein Altenheim oder Altersheim (auch Feierabendheim, Feierabendhaus, Pensionistenheim, Seniorenheim oder Seniorenresidenz genannt) ist eine Wohneinrichtung für alte Menschen, in der sie Betreuung und Pflege erhalten können.]; Jugendwohnheime [Wohnheim für berufstätige oder in Ausbildung		3





	stehende Jugendliche, die nicht zu Hause wohnen können.])	
	kein Studierendenwohnheim; kein gemeinschaftliches Wohnen	0
<p>Die erzielten Punkte für den <b>Auftragswert</b> (1.), die <b>Brutto-Grundfläche (BGF)</b> (2.) und die <b>Art der Nutzung</b> (3.) werden addiert.</p> <p>Je eingereichtem unternehmensbezogenen Referenzprojekt können maximal 15 Punkte (5 + 5 + 5) erzielt werden. Bei maximal drei (3) unternehmensbezogenen Referenzprojekten kann der Bewerber somit <b>maximal 45 Punkte</b> (3 x (5 + 5 + 5)) erzielen.</p> <p>Für den Fall, dass mit dem Teilnahmeantrag mehr als drei (3) geeignete unternehmensbezogene Referenzprojekte eingereicht werden, werden die chronologisch ersten drei (3) geeigneten unternehmensbezogenen Referenzprojekte gewertet.</p> <p>Je unternehmensbezogenen Referenzprojekt sind zwei (2) zusätzliche Projektblätter (also maximal zwei (2) einseitig bedruckte DIN-A4-Seiten), die Fotos sowie eine Darstellung des Referenzprojektes beinhalten, gestattet. <b>Diese Projektblätter sind rein informatorischer Natur.</b> Sie werden bei der Prüfung der unternehmensbezogenen Referenzprojekte nicht berücksichtigt. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus unternehmensbezogene Referenzprojekte benannt werden (zum Beispiel auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder Ähnlichem), werden diese nicht berücksichtigt.</p> <p>Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Bauleistungen berücksichtigt werden, die mehr als fünf (5) Jahre zurückliegen (vgl. § 6a EU Nr. 3 lit. a VOB/A); weil der Zeitraum vom <b>01.01.2020</b> bis zum Ablauf der Teilnahmefrist mehr als 60 Monate und 0 Tage beträgt. Dadurch soll ein ausreichender Wettbewerb sichergestellt werden, insbesondere weil die Bewerber</p>		



	<p>und der Auftraggeber hierdurch dasselbe Verständnis von dem maßgeblichen Erbringungszeitraum haben.</p> <p>Bei Bewerbergemeinschaften muss klar erkennbar sein, welches unternehmensbezogene Referenzprojekt welchem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zuzuordnen ist. Ausschließlich diejenigen unternehmensbezogenen Referenzprojekte der Mitglieder, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden der Bewerbergemeinschaft zugerechnet.</p> <p>Der Bewerber, die Bewerbergemeinschaft und soweit relevant der eignungs<u>verleihende</u> Unterauftragnehmer hat für diese Erklärung die <b>Anlage 206 „Unternehmensbezogene Referenzprojekte“</b> zu verwenden. Der <b>Bewerber / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft</b> hat diese Anlage als Bestandteil des Teilnahmeantrags ausgefüllt einzureichen.</p> <p>Eine Übermittlung fahrlässig oder vorsätzlich irreführender Informationen kann ausweislich § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zum Ausschluss von Vergabeverfahren durch öffentliche Auftraggeber führen.</p> <p>Für den Fall, dass nach Auswertung der Teilnahmeanträge anhand der vorstehenden Auswahlmethode mehrere Bewerber / Bewerbergemeinschaften mit Punktgleichheit auf einem der hinteren Ränge liegen und der Auftraggeber eine bestimmte Anzahl von <b>Bewerbern</b> zur Angebotsabgabe auffordern möchte, entscheidet das Los unter indirekter notarieller Aufsicht, welcher dieser Bewerber / welche dieser Bewerbergemeinschaften zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert wird, damit die bestimmte Anzahl nicht überschritten wird.</p> <p>Gibt es mehr als die Mindestzahl an Bewerbern, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die einen formal ordnungsgemäßen und den Mindestanforderungen entsprechenden (geeigneten) Teilnahmeantrag eingereicht haben, behält sich der Auftraggeber aus Gründen des Wettbewerbs vor,</p>
--	---



## Studierendenwerk Augsburg

	<p>mehr als die geplante Mindestzahl an Bewerbern zu der Angebots- und Verhandlungsphase zuzulassen.</p> <p>Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der Mindestzahl von <b>drei (3)</b> liegt, behält sich der Auftraggeber vor, das Vergabeverfahren fortzuführen, indem er die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen und die aufgestellten Mindestanforderungen erfüllen (vgl. § 3b EU Abs. 3 Nr. 3 VOB/A in Verbindung mit § 3b EU Abs. 2 Nr. 3 Satz 6 VOB/A).</p>
--	--

### Gewichtung für den Zugang zur nächsten Stufe

☒ Dieses Kriterium wird für die Auswahl der Bewerber für die zweite Stufe verwendet

Art der Gewichtung:	<input checked="" type="checkbox"/> Rangfolge
	Rangfolge:
	<b>45</b>  (Es handelt sich hierbei um die maximal zu erreichende Punktzahl)

### 6.5.3.2 Finanzierung

### 6.5.3.3 Rechtsform des Bieters

### 6.5.4 Bedingungen für den Auftrag

#### 6.5.4.1 Bedingungen für den Auftrag

<input checked="" type="checkbox"/> Bedingungen für die Ausführung des Auftrags	<p><b>1. Vertrag</b></p> <p>Über die auftragsgegenständlichen Leistungen wird ein <b>Totalunternehmervertrag [Anlage 907]</b> geschlossen.</p> <p>Der Vertrag kommt mit der Erteilung des Zuschlags über die E-Vergabepattform zustande, einer beiderseitigen Unterzeichnung des Vertragstextes</p>
---	---



	<p>bedarf es nicht.</p> <p>Der Auftragnehmer hat die Vertragsbestandteile mit der Sachkunde eines erfahrenen <b>Unternehmens</b> sorgfältig auf Widersprüche, Lücken, Fehler, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und den Auftraggeber auf solche unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Dabei stimmen die Vertragsparteien überein, dass diese Verpflichtung auch bereits in dem Stadium der Vertragsanbahnung (also im Vergabeverfahren) für den interessierten Wirtschaftsteilnehmer gegolten hat.</p> <p><b>2. Mindestanforderungen an die Leistungserbringung</b></p> <p>Die Mindestanforderungen an die Leistungserbringung, welche nicht verhandelbar und zwingend einzuhalten sind, ergeben sich aus der Funktionalen Leistungsbeschreibung (Anlage 802), dort die <b>türkis</b> hinterlegten Leistungsbestandteile. Darüber hinaus hat die Abwicklung des Auftrags in <b>Deutsch</b> zu erfolgen.</p> <p><b>3. Datenschutz</b></p> <p><b>3.1 Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten</b></p> <p>Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• zum Bereitstellen von Vergabeunterlagen;</li><li>• zur Beantwortung von Bieterfragen;</li><li>• zur Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen;</li><li>• zur Abfrage und Überprüfung der Eignung,</li></ul>
--	--



	<p>Fachkunde und Leistungsfähigkeit;</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• zum Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen;</li><li>• zur Aufnahme und Pflege der Bieterkartei (Fachabteilung);</li><li>• zu Dokumentationszwecken;</li><li>• zur Durchführung in der Vertrags- bzw. Bestellabwicklung;</li><li>• zu Kommunikationszwecken.</li></ul> <p>Die Datenerhebung ist notwendig zur Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Abwicklung des Vertragsverhältnisses. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b und lit. c DSGVO erhoben.</p> <p><b>3.2 Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten</b></p> <p>Ihre personenbezogenen Daten werden - soweit dies erforderlich ist - weitergegeben an</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a Gewerbeordnung</li><li>• Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen</li><li>• beauftragte externe Dienstleister (z. B. Projektsteuerer, Planungs- bzw. Ingenieurbüros, Ausschreibungsdienstleister, u. ä.)</li><li>• Teilnehmer von Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen</li></ul>
--	---



	<ul style="list-style-type: none"><li>• die Fachabteilung zur Prüfung der eingegangenen Angebote und Erteilung des Zuschlags</li><li>• an die zuständige Nachprüfungsstelle, Vergabekammer bzw. Rechtsanwälte/ Gerichte im Falle von Rechtsstreitigkeiten.</li></ul> <p>Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland/eine internationale Organisation zu übermitteln.</p> <p><b>3.3 Dauer der Speicherung</b></p> <p>Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Die Aufbewahrungsdauer von Vergabeunterlagen beträgt 10 Jahre.</p> <p><b>3.4 Betroffenenrechte</b></p> <p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).</li><li>b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).</li><li>c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.</li></ul> <p>Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17</p>
--	---



	<p>Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.</p> <p>d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des/der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).</p> <p>Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.</p> <p>e) Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Artikel 21 DSGVO).</p> <p>Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann</p>
--	---



möglicherweise das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt und / oder der Vertrag nicht abgewickelt werden.

### **3.5 Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der **Aufsichtsbehörde** wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

**Der Bayerische Landesbeauftragte für den  
Datenschutz (BayLfD)**

**Prof. Dr. Thomas Petri**

Wagmüllerstr. 18

80538 München

Telefon: +49 89 212672-0

E-Mail: [poststelle@datenschutz-bayern.de](mailto:poststelle@datenschutz-bayern.de)

Website: [www.datenschutz-bayern.de](http://www.datenschutz-bayern.de)

**Name und Kontaktdaten des  
Verantwortlichen:**

**Studierendenwerk Augsburg**

Bürgermeister-Ulrich-Straße 152

86179 Augsburg

Telefon: +49 821/99965-410

E-Mail: [stefan.rehm@stw-a.de](mailto:stefan.rehm@stw-a.de)

**Der Datenschutzbeauftragte des  
Verantwortlichen ist:**

**ITs Hein GmbH**

Kulmbacher Straße 27b

95460 Bad Berneck

Telefon: +49 821/99965-105

E-Mail: [datenschutz@stw-a.de](mailto:datenschutz@stw-a.de)

### **4. Unterauftragnehmer / Nachunternehmer**

Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat bei Angebotsabgabe die Teile des Auftrags, die er / sie





	<p>im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigt, zu benennen.</p> <p>Der Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft hat in diesem Fall die <b>Anlage 303 „Unterauftragsvergabe“</b> vollständig auszufüllen und als Bestandteil des Angebots einzureichen.</p> <p>Vor Zuschlagserteilung kann der öffentliche Auftraggeber von den Bietern / den Bietergemeinschaften, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen (vgl. § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV).</p> <p><b>5. Erklärung Bezug Russland</b></p> <p>Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.</p> <p>Der Bieter / die Bietergemeinschaft hat für diese Eigenerklärung die <b>Anlage 327 „Erklärung_Bezug_Russland“</b> zu verwenden. <b>Der Bieter / das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft</b> hat diese Anlage ausgefüllt als Bestandteil des Angebots einzureichen.</p>
--	--



## Studierendenwerk Augsburg

### 6.5.4.2 Angaben zu geschützten Beschäftigungsverhältnissen

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen	<input checked="" type="checkbox"/> Nein
---	--

### 6.5.4.3 Angaben zur reservierten Teilnahme

### 6.5.4.4 Angaben zur beruflichen Qualifikation

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben	<input checked="" type="checkbox"/> Nicht erforderlich
--	--

### 6.5.4.5 Angaben zur reservierten Teilnahme

<input type="checkbox"/> Frist für die Erlangung der Sicherheitsüberprüfung	_____
---	-------

## 6.6 Lose

☒ Keine Losaufteilung

## 7. Vergabeunterlagen

### 7.1 Anschreiben

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

### 7.2 Leistungsbeschreibungen

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

### 7.3 Vom Unternehmen auszufüllende Dokumente

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

### 7.4 Vertragsbedingungen

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---



# Studierendenwerk Augsburg

## 7.5 Sonstiges

Die Vergabeunterlagen befinden sich in dem Ordner „Sonstiges“
---

## 8. Kommunikation

### 8.1 E-Vergabe – Weitere Informationen

In der „**Verfahrensbeschreibung DTVP**“ [**Anlage 101**] finden die **Bewerber / Bieter** notwendige Informationen zur Nutzung der E-Vergabeplattform.

Insbesondere weisen wir darauf hin, dass Erklärungen in den Bewerber- und Bieterbereich der E-Vergabeplattform eingestellt werden.

Dieser Bewerber- und Bieterbereich wird für die Zustellung rechtserheblicher Erklärungen genutzt.

Es wird dringend empfohlen, sich mit den technischen Anforderungen rechtzeitig vertraut zu machen, um Probleme mit der Einreichung der Teilnahmeanträge / Angebote, beispielsweise aufgrund der Einstellungen der eigenen Firewall des Bewerbers / Bieters, zu vermeiden. Die Sicherstellung der fristgerechten Einreichung des Teilnahmeantrags / Angebots fällt in den Verantwortungsbereich des Bewerbers / Bieters.

### 8.2 Sonstige Kommunikation

Die Kommunikation zwischen Vergabestelle und den Bewerbern / Bieter (beispielsweise ein Aufklärungsbegehren der Vergabestelle an einen Bewerber / Bieter oder die entsprechende Antwort auf ein Aufklärungsbegehren von dem jeweiligen Bewerber / Bieter an die Vergabestelle) erfolgt mittels direkter Nachricht über die Kommunikationsfunktion in dem Projektraum der E-Vergabeplattform.

### 8.3 Abgabe der Angebote

Die Teilnahmeanträge / Angebote sind einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen **ausschließlich in elektronischer Form** auf der E-Vergabeplattform einzureichen.

Die Teilnahmeanträge / Angebote sind wie vorgegeben zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der **Teilnahme- / Angebotsfrist** über die E-Vergabeplattform zu übermitteln. Bei elektronischer Übermittlung in Textform sind das Unternehmen und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen. Werden Anlagen mit Unterschrift versehen, genügt auch hier für die Unterschrift die **Textform** gemäß § 126b



## Studierendenwerk Augsburg

des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Die Eintragung von Vornamen und Nachnamen der erklärenden Person sind daher ausreichend.

Hat ein Bewerber / Bieter vor Ablauf der relevanten Frist (Teilnahmefrist / Angebotsfrist) einen Teilnahmeantrag / ein Angebot über die E-Vergabeplattform hochgeladen und möchte der Bewerber / Bieter diesen Teilnahmeantrag / dieses Angebot vor Ablauf der relevanten Frist gegen einen neuen Teilnahmeantrag / ein neues Angebot austauschen, zum Teil ergänzen oder bearbeiten und / oder zurückziehen, so ist Folgendes zu beachten:

- Bereits hochgeladene Teilnahmeanträge / Angebote können aus technischen Gründen nicht um weitere Unterlagen ergänzt werden. Ebenso ist es aus technischen Gründen nicht möglich, dass bereits auf der E-Vergabeplattform hochgeladene Unterlagen im Nachhinein bearbeitet werden.
- Es besteht jedoch technisch die Möglichkeit, dass der Bewerber / Bieter bis zum Fristablauf einen weiteren vollständigen Teilnahmeantrag / ein weiteres vollständiges Angebot hochlädt.

In diesem Fall sollte der Bewerber / Bieter zuvor hochgeladene Teilnahmeanträge / Angebote über die E-Vergabeplattform zurückziehen.

Für den Fall, dass nach Ablauf der relevanten Frist mehrere Teilnahmeanträge / Angebote eines Bewerbers / Bieters eingegangen sind und der Bewerber / Bieter auch nicht per Nachricht über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabeplattform zuvor eingegangene Teilnahmeanträge / Angebote zurückgezogen hat, bezieht der Auftraggeber in die Wertung der Teilnahmeanträge / Angebote nur den Teilnahmeantrag / das Angebot des Bewerbers / Bieters ein mit dem hinsichtlich des relevanten Fristablaufs zeitlich jüngsten Eingangsdatum (Datum und Uhrzeit), wie es die E-Vergabeplattform dokumentiert hat. Zuvor eingegangene zeitlich ältere Teilnahmeanträge / Angebote desselben Bewerbers / Bieters gelten automatisch als zurückgenommen.

Die Teilnahmeanträge / Angebote müssen zwingend über die auf der E-Vergabeplattform vorgesehene Funktion zur Abgabe des Teilnahmeantrags / des Angebots eingereicht werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Teilnahmeanträge / Angebote verschlüsselt werden und somit kein vorfristiger Zugriff durch den Auftraggeber möglich ist. Teilnahmeanträge / Angebote die unverschlüsselt, beispielsweise über die Bieterkommunikation, eingereicht werden, müssen ausgeschlossen werden.



# Studierendenwerk Augsburg

Eine Übermittlung der Teilnahmeanträge / der Angebote per Post, Kurier, direkt, anderweitig elektronisch (bspw. per E-Mail) oder fernschriftlich ist **nicht** zugelassen. Die Teilnahmeanträge / Angebote müssen vollständig sein. Für die Teilnahmeanträge / Angebote sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Anlagen – **in der jeweils aktuellen Version** – zu verwenden. Das Einreichen einer veralteten Version der Anlage(n) kann zum Ausschluss führen.

Bewerber / Bieter dürfen bei der Öffnung der Teilnahmeanträge / Angebote nicht anwesend sein (vgl. § 14 EU Abs. 1 Satz 1 VOB/A).

## 8.4 Anlagen des Auftraggebers

Es sind diejenigen Anlagen zu verwenden und mit dem Teilnahmeantrag / Angebot einzureichen, welche dem **Vergabeleitfaden** beigelegt sind.

## 8.5 Gewerbliche Schutzrechte

Der Bieter hat in seinem Angebot anzugeben, wenn für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind. Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

## 8.6 Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber wird gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (WRegG) für Bieter, die den Zuschlag erhalten sollen, vor Erteilung des Zuschlags bei der Registerbehörde abfragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter gespeichert sind.

## 8.7 Statistische Abfragen

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren.

Der Auftraggeber fragt daher rein informatorisch mittels der freiwillig auszufüllenden **Anlage 302 „Informatorischer Abfragebogen“** von dem Bieter / der Bietergemeinschaft ab,

- die offizielle Bezeichnung des Unternehmens;
- die nationale Identifikationsnummer des Unternehmens ;



## Studierendenwerk Augsburg

- die Größe des Unternehmens, das heißt, ob das Unternehmen die Eigenschaft als Klein-, kleines, mittleres Unternehmen oder Großunternehmen im Sinne der „Empfehlung 2003/361/EG“ [Anlage 103] erfüllt;
- die Hauptadresse (URL) des Unternehmens;
- Postanschrift, Postleitzahl, Ort und Land des Sitz des Unternehmens;
- welcher NUTS-Code dem Sitz des Unternehmens entspricht;
- die E-Mail-Adresse des Unternehmens;
- die Telefonnummer des Unternehmens;
- die Faxnummer des Unternehmens [sofern vorhanden];
- ob das Unternehmen börsennotiert ist; und
- die Staatsangehörigkeit(en) des / der Eigentümer(s).

Die Erhebung dieser Daten wird je nach Bedarf benötigt für die EU-Vergabebekanntmachung als auch für die Vergabestatistikmeldung. Die Angaben des Bieters zu dieser Abfrage haben keine Auswirkung auf die Prüfung der Angebote.

### 8.8 Sicherstellung des Wettbewerbs

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die Bewerber / Bieter haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird der Auftraggeber von den Bewerbern / Bietern den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Kann ein Bewerber / Bieter diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

### 8.9 Vertraulichkeit und Geheimhaltung

Die Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln. Das darin enthaltene Knowhow gehört einem externen Berater. **Die Vergabeunterlagen nebst allen Anlagen sind urheberrechtlich © geschützt.** Sie dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet



## Studierendenwerk Augsburg

werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – und jede Nutzung für andere Zwecke – beispielsweise für andere Vergabeverfahren – sind ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung der Berechtigten nicht gestattet.

Wird kein Teilnahmeantrag / Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Die Nichtbeachtung der Vertraulichkeitsanforderungen hat – unbeschadet weiterer Folgen – zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Bewerbers / Bieters, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen des Auftraggebers.

Die Bewerber / Bieter haben in ihren Teilnahmeanträgen und in ihren Angeboten diejenigen Stellen zu bezeichnen oder zu markieren, die dem **Geheimschutz** im Sinne des § 165 Abs. 2 GWB unterfallen. Soweit die Unterlagen keine entsprechende Kennzeichnung enthalten, wird davon ausgegangen, dass sie keine Fabrikations-, Betriebs- und / oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

### 8.10 Beschaffung weiterer Informationen

Damit der Auftraggeber mit den Bewerbern / Bietern besser kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, sich – soweit nicht bereits geschehen – auf der E-Vergabeplattform freiwillig und kostenlos zu registrieren.

Durch die kostenfreie Registrierung vor dem Download der Vergabeunterlagen auf der E-Vergabeplattform nehmen die Bewerber / Bieter automatisch an der elektronischen Kommunikation teil.

Fragen an den Auftraggeber sind ausschließlich über die Kommunikationsfunktionsfunktion der E-Vergabeplattform zu richten.

Nach Fertigstellung der Teilnahmeanträge / Angebote können die Bewerber / Bieter diese nach erfolgter Registrierung medienbruchfrei und kostenlos auf der E-Vergabeplattform hochladen.

Änderungen oder Ergänzungen von Registrierungsangaben (beispielsweise die Änderung der E-Mail-Adresse) sind unverzüglich auf der angegebenen E-Vergabeplattform vorzunehmen.

Ab der erfolgten Registrierung informiert die angegebene E-Vergabeplattform die Bewerber / Bieter, die sich freiwillig registriert haben, ob neue beantwortete Bewerber- /



## Studierendenwerk Augsburg

Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zum Download auf der E-Vergabeplattform bereitgestellt wurden.

Hierzu erhalten die registrierten Bewerber / Bieter eine Information per E-Mail, dass auf der E-Vergabeplattform eine neue Information zum Verfahren eingestellt wurde.

Im Falle von Abwesenheitsmitteilungen eines registrierten Bewerbers / Bieters erfolgt kein erneuter Versand der Informationen, weder an dieselbe E-Mail-Adresse noch an irgendeine in der Abwesenheitsmitteilung angegebene E-Mail-Adresse.

Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist eine Registrierung zwar nicht erforderlich. Ohne eine solche Registrierung kann der öffentliche Auftraggeber die nicht registrierten Bewerber / Bieter über nachträgliche Informationen jedoch nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es den nicht registrierten Bewerbern / Bietern sich auf der E-Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen, wie beispielsweise über neue beantwortete Bewerber- / Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren. Diese Obliegenheit besteht bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge / Angebote.

Bewerber / Bieter sind gut beraten, **spätestens zwei (2) Arbeitstage** vor Ablauf der Teilnahmefrist / jeweiligen Angebotsfrist den Teilnahmeantrag / das Angebot rechtzeitig elektronisch über die E-Vergabeplattform einzureichen. Damit besteht im Falle von technischen Schwierigkeiten für die Bewerber / Bieter noch ausreichend Zeit, diese mit ihrer internen IT und / oder mit dem E-Vergabeplattform-Anbieter zu beheben. Beispielsweise könnten die **Dateinamen zu lang** oder die **Datei von der Datenmenge her zu groß** sein. **Außerdem wird dringend empfohlen, keine Umlaute und Sonderzeichen in der Dateibezeichnung zu verwenden.**

Zudem sind Bewerber / Bieter gut beraten, vor Abgabe des Teilnahmeantrags / Angebots im Downloadbereich der E-Vergabeplattform zu überprüfen, ob geänderte Unterlagen oder Anlagen eingestellt wurden.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „Holschuld“ des Bewerbers / Bieters besteht. Diese Obliegenheit besteht unabhängig von einer Registrierung.

### 8.11 Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen ändernde, ergänzende, berichtigende oder klarstellende Angaben behält sich der Auftraggeber in jeder Phase des Vergabeverfahrens vor.





## 8.12 Fragen / Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Der Bewerber / Bieter hat die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen zu überprüfen und fehlende Unterlagen beim Auftraggeber anzufordern.

Ergeben sich für den Bewerber / Bieter Fragen oder enthalten die Vergabeunterlagen Unklarheiten bzw. Fehler, so obliegt es dem Bewerber / Bieter gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich, möglichst spätestens zu den von dem Auftraggeber in diesem Vergabeverfahren kommunizierten Fristen **ausschließlich** über die **E-Vergabeplattform** sich zu registrieren (falls noch nicht geschehen) und seine Fragen unter der Bezugnahme auf dieses Vergabeverfahren zu stellen und auf die Unklarheiten bzw. Fehler hinzuweisen.

Die Fragen sind mithilfe des **Fragen-Antworten-Katalogs [Anlage 104]** zu erstellen. Die **Bewerber / Bieter** haben darin klar anzugeben, auf welche **Kapitel** in dem **Vergabeleitfaden** und in der **Leistungsbeschreibung**, welche **Nummern** in dem **Vertrag** sowie auf welche **Seiten** in den **Anlagen** unter Angabe der Anlagennummer (**Nr.**) sich die jeweilige Frage bezieht.

**Anfragen außerhalb der E-Vergabeplattform werden inhaltlich nicht beantwortet und können zu dem Ausschluss des Unternehmens von der Teilnahme an Vergabeverfahren über einen Zeitraum von drei (3) Jahren führen, vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) in Verbindung mit § 126 Nr. 2 GWB.**

Der Auftraggeber stellt Antworten auf Fragen mittels dem **Fragen-Antworten-Katalog [Anlage 104]** im PDF-Format allen Bietern zum Download in dem Projektraum der E-Vergabeplattform zur Verfügung.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bei fehlender Registrierung bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „Holschuld“ der Bewerber / Bieter besteht.

Im Falle von Widersprüchen in den in dem **Fragen-Antworten-Katalog [Anlage 104]** genannten Antworten des Auftraggebers gehen die Antworten mit einer höheren Nummerierung denjenigen Antworten mit einer niedrigeren Nummerierung vor.

## 9. Allgemeine Anforderungen an die Angebote

Die Angebote haben die geforderten Angaben, Erklärungen und Preise vollständig zu enthalten und sind rechtzeitig ausschließlich über die E-Vergabeplattform einzureichen (vgl. § 13 EU Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 VOB/A).



## 10. Checkliste Teilnahmeantrag

Der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft wird gebeten einen Teilnahmeantrag zu erarbeiten und diesen form- sowie fristgerecht ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Hierzu ist auch die **Anlage 200 „Anschreiben Teilnahmewettbewerb“** zu verwenden.

Mit dem **Teilnahmeantrag** übermitteln die **Bewerber / Bewerbungsgemeinschaften** die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung und Wertung ihrer Teilnahmeanträge. Als **Anlage 105** ist eine „**Checkliste Teilnahmeantrag**“ beigefügt, die der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft entsprechend für sich abhaken kann, um sicherzustellen, dass der Teilnahmeantrag vollständig ist. Ein nicht vollständiger Teilnahmeantrag kann zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führen.

## 11. Checkliste Angebote

Mit dem Angebot übermitteln die Bieter / Bietergemeinschaften die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung und Wertung ihrer Angebote. Als **Anlage 106** ist eine „**Checkliste Angebote**“ beigefügt, die der Bieter / die Bietergemeinschaft entsprechend für sich abhaken kann, um sicherzustellen, dass sein / ihr Angebot vollständig ist. Ein nicht vollständiges Angebot kann zum Ausschluss des Angebots führen.

## 12. Verhandlungen

- ☒ Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten, wenn er sich in der Auftragsbekanntmachung diese Möglichkeit vorbehalten hat.
- ☒ Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern.

Der Bieter erklärt mit der Abgabe seines Erstangebots automatisch, dass er mit einer Zuschlagserteilung auf das von ihm eingereichte Erstangebot einverstanden ist, soweit dieses zuschlagsfähig ist (also insbesondere nicht von den Vergabeunterlagen abweicht). Alle von Bietern gemachten Verhandlungsvorschläge finden im Falle der Zuschlagserteilung auf das wirtschaftlichste Erstangebot keine Berücksichtigung.

Sollte ein Bieter nicht wollen, dass der Zuschlag auf dessen Erstangebot erteilt wird, weil er beispielsweise die Leistungen nur anbieten kann, falls Anforderungen während des



## Studierendenwerk Augsburg

laufenden Verhandlungsverfahrens geändert werden, hat er mit seinem Erstangebot die **Anlage 325 „Kein Zuschlag auf das eigene Erstangebot“** unterzeichnet einzureichen.

Reicht ein Bieter ein Erstangebot ein, das

1. zuschlagsfähig ist (insbesondere nicht von den Vergabeunterlagen abweicht);
2. nach Wertung der Erstangebote auf Platz 1 liegt; und
3. hat dieser Bieter einer Erteilung des Zuschlags auf sein Erstangebot nicht widersprochen,

könnte der Auftraggeber auf ein solches Erstangebot den Zuschlag erteilen.

### 12.1 Verhandlungsvorschläge

Die Bieter werden angehalten, mit der Einreichung ihrer **indikativen Erstangebote** (und mit den indikativen Folgeangeboten) in der **Anlage 402 „Verhandlungsvorschläge“** Anregungen zu machen, über welche einzelnen Teile der Leistungsbeschreibung und der vertraglichen Regelungen eine Verhandlung aus ihrer Sicht sinnvoll erscheint (**Verhandlungsvorschläge**). Hierbei sollen die Bieter ihre Verhandlungsvorschläge jeweils wie folgt gliedern:

1. Zitat der Regelung, über die eine Verhandlung erwünscht ist;
2. konkreter alternativer Formulierungsvorschlag für diese Regelung; und
3. Begründung, warum diese Regelung in diesem Sinne verhandelt werden soll und welche Vorteile durch eine etwaige Änderung für den Auftraggeber und den Auftragnehmer entstehen würden.

Soweit ein Bieter Verhandlungsvorschläge nicht mit diesen Angaben wie dargestellt gliedert mit seinem indikativen Erstangebot (und mit den indikativen Folgeangeboten) einreicht, hat der Bieter keinen Anspruch darauf, dass der Verhandlungsvorschlag im Rahmen des Verhandlungstermins behandelt wird.

Soweit ein Verhandlungstermin stattfindet, wird insbesondere über die Leistungserbringung und über die Bedingungen des Vertrags verhandelt.

Die Verhandlungsgegenstände ergeben sich im Übrigen aus den Einladungsschreiben zu den Verhandlungsgesprächen.



## Studierendenwerk Augsburg

Bei der Abgabe der (verbindlichen) **endgültigen Angebote** sind **keine Verhandlungsvorschläge** mehr einzureichen. Solche Verhandlungsvorschläge haben für die endgültigen Angebote keine Relevanz und werden daher nicht berücksichtigt.

### 12.2 Angaben zu Leistungsanforderung „oder gleichwertig“

In der funktionalen Leistungsbeschreibung sind Teile der zu erbringenden Leistung mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ versehen. Soweit ein Bieter eine mit einem solchen Zusatz versehene geforderte technische Spezifikation oder Ausführung nur in einer gleichwertigen Weise erbringen kann, hat ein solcher Bieter wie folgt vorzugehen:

Der Bieter hat, mit der Einreichung seines **indikativen Erstangebots** (und mit dem indikativen Folgeangebot) in der **Anlage 403 „Vorschlag zu Leistungsanforderung oder gleichwertig“** Angaben zu machen, für welche einzelnen Anforderungen der funktionalen Leistungsbeschreibung mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ eine gleichwertige Ausführung aus seiner Sicht vorgesehen wird.

Hierbei soll ein solcher Bieter seine Angaben jeweils wie folgt gliedern:

1. Zitat der Leistungsanforderung mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ aus der funktionalen Leistungsbeschreibung (Anlage 802), für die eine gleichwertige Ausführung vorgesehen ist;
2. konkrete Nennung und Beschreibung der gleichwertigen Ausführung der Leistungsanforderung, welche im Rahmen der funktionalen Leistungsbeschreibung gefordert wird;
3. Begründung, warum diese Leistungsanforderung in ihrer derzeitigen Form nicht eingehalten werden kann; und
4. Begründung, warum die betroffene Leistungsanforderung mit der gleichwertigen Ausführung eingehalten werden kann; für den Nachweis der Gleichwertigkeit können beispielsweise zusätzlich technische Datenblätter, Prüfberichte unabhängiger Stellen, Zertifikate oder sonstige geeignete Belege, aus denen hervorgeht, dass die angebotene Leistung den geforderten technischen Standards entspricht, eingereicht werden.

Soweit ein Bieter den Vorschlag nicht wie gefordert dargestellt und gegliedert mit seinem indikativen Erstangebot (und mit den indikativen Folgeangeboten) einreicht, hat der Bieter keinen Anspruch darauf, dass dieser Vorschlag zu der gleichwertigen Ausführung der Leistung von dem Auftraggeber geprüft und im Rahmen des Verhandlungstermins behandelt wird.



## Studierendenwerk Augsburg

Mit Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote werden die Bieter über die Entscheidung des Auftraggebers informiert, ob die vorgeschlagene Ausführung der Leistung eine gleichwertige Ausführung der Leistung darstellt und die Anforderungen an die Leistung erfüllt.

Bei der **Abgabe der (verbindlichen) endgültigen Angebote** sind **keine Vorschläge mehr einzureichen**. Solche Vorschläge haben für die endgültigen Angebote keine Relevanz und werden daher nicht berücksichtigt.

### 12.3 Verhandlungstermine

Der Auftraggeber wird die Verhandlung in verschiedenen Phasen abwickeln – soweit er nicht von seinem Recht Gebrauch macht, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Erstangebot zu erteilen. Der Auftraggeber wird mindestens die **drei (3)** wirtschaftlichsten Bieter (bezogen auf das Erstangebot – und bei Bedarf bezogen auf das Folgeangebot) zu einem nach Wahl des Auftraggebers **digitalen** oder **Vor-Ort-Verhandlungstermin** einladen. Der Auftraggeber legt fest, für welches Zeitfenster er welchen Bieter jeweils einlädt.

An der Verhandlung sollen möglichst der für die Leistungserbringung vorgesehene **Projektleiter** und der **stellvertretende Projektleiter** mit einem ausgeglichenen Redeanteil teilnehmen.

Die Unterlagen der Angebotspräsentation müssen bereits mit dem indikativen Erstangebot vollständig (bspw. als PDF-Dokument) eingereicht werden und dürfen nicht mehr als 20 DIN-A4-Seiten bzw. 20 Folien (bspw. PPT) umfassen.

Bei Überschreitungen darf über Inhalte nach Ende der 20. Seite bzw. der 20. Folie nicht weiter präsentiert werden.

Die Verhandlung erstreckt sich auf einen Zeitraum von ca. **120 Minuten** und gliedert sich wie folgt:

1. Vorstellungsrunde und Einleitung (ca. 5 Min.);
2. Angebotspräsentation möglichst durch den Projektleiter, den stellvertretenden Projektleiter und den Bauleiter mit ausgeglichenem Redeanteil unter Bezugnahme auf die bereits mit dem Erstangebot eingereichten Unterlagen der Angebotspräsentation (ca. 30 Min.);
3. Fragen des Auftraggebers (ca. 20 Min.);



## Studierendenwerk Augsburg

4. Besprechung von Verhandlungsvorschlägen der Bieter (ca. 60 Min.); sämtliche etwaigen Änderungswünsche an dem Entwurf des Totalunternehmervertrags [Anlage 907] nebst Anlagen;
5. Verabschiedung (ca. 5 Min.).

Der Auftraggeber verhandelt mit den Bieterinnen über die von ihnen eingereichten Erstangebote mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern.

Durch die Verhandlungsgespräche erhalten die Bieter insbesondere die Möglichkeit, ihre Angebote hinsichtlich der festgelegten Zuschlagskriterien für die Abgabe der endgültigen Angebote anzupassen, um eine höhere Qualität sowie Wirtschaftlichkeit und insoweit mehr (Bewertungs-)Punkte zu erhalten.

Außerdem können die Bieter durch die Verhandlungsvorschläge in Kombination mit den darauf aufbauenden Verhandlungsgesprächen auf den Auftraggeber einwirken mit dem Ziel, dass insbesondere die Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Bedingungen optimiert werden können.

Dies dient der Transparenz, weil die Zuschlagskriterien in aller Regel nicht verändert werden dürfen, sondern nur die Angebote durch die Bieter einerseits und zuvor die Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Regelungen durch den Auftraggeber andererseits.

Es darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden **mit Ausnahme der von dem Auftraggeber in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen an die Leistungserbringung, die Zuschlagskriterien und deren Gewichtung** (vgl. § 3b EU Abs. 3 Nr. 5 VOB/A).

Ausschließlich die Bieter, die an den Verhandlungsterminen teilgenommen haben, werden zur Abgabe eines endgültigen Angebots aufgefordert.



# Studierendenwerk Augsburg

## 12.4 Anlagen

- Anlage 101 – Verfahrensbeschreibung DTVP
- Anlage 103 – Empfehlung 2003/361/EG
- Anlage 104 – Fragen-Antworten-Katalog
- Anlage 105 – Checkliste Teilnahmeanträge
- Anlage 106 – Checkliste Angebote
- Anlage 200 – Anschreiben Teilnahmewettbewerb
- Anlage 201 – Ausschlussgründe
- Anlage 202 – Bewerber-\_Bietergemeinschaft
- Anlage 204 – Eignungsleihe
- Anlage 206 – Unternehmensbezogene Referenzprojekte
- Anlage 208 – Jahresumsatz
- Anlage 214 – Vergaberechtliche Verpflichtungserklärung
- Anlage 302 – Informativischer Abfragebogen
- Anlage 303 – Unterauftragsvergabe
- Anlage 325 – Kein Zuschlag auf das eigene Erstangebot
- Anlage 327 – Erklärung Bezug Russland
- Anlage 402 – Verhandlungsvorschläge
- Anlage 403 – Vorschlag zu Leistungsanforderung oder gleichwertig
- Anlage 603 – Erfahrung des Projektteams
- Anlage 802 – Funktionale Leistungsbeschreibung
- Anlage 803 – Preisblatt
- Anlage 807 – StudR 2023 nebst Anlage
- Anlage 808 – Wettbewerbsarbeit des Gewinners des Architektenwettbewerbs
- Anlage 900 – (dieser) Vergabeleitfaden
- Anlage 907 – Totalunternehmervertrag
- Anlage 908 – Qualitätshandbuch Illerpark
- Anlage 909 – SWU Bauherrenmappe Illerpark
- Anlage 910 – Planunterlagen



**Studierendenwerk  
Augsburg**

- Anlage 923 – Vertragsrechtliche Verpflichtungserklärung